

INNENPOLITISCHE VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE MACHTÜBERNAHME DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Von Eva Hartmann

Vorbemerkungen

Während sich die Untersuchungen der politischen Entwicklung der Tschechoslowakei im gegebenen Zeitraum vorwiegend auf die kommunistische Politik konzentrieren, lag dieser Arbeit das Ziel zugrunde, die innenpolitischen Bedingungen zu analysieren, mit denen die KPTsch in ihrem Streben nach totaler Macht konfrontiert war. Die KPTsch soll im Rahmen dieser Arbeit nur in ihrer Rolle als politischer Gegenspieler der nicht-kommunistischen Parteien behandelt werden; ihre Motive und Zielsetzungen sowie die Frage, wieweit diese fremdbestimmt waren, sollen unberücksichtigt bleiben. Es soll auch nicht untersucht werden, wie stark die Politik der nicht-kommunistischen Parteien wirklich eingegrenzt war, sondern wie diese Parteien selbst ihren wirklichen oder vermeintlichen Spielraum gesehen und sich darin verhalten haben. Die Untersuchung bezieht sich nur auf die tschechische Politik. Die Entwicklung verlief in der Slowakei unterschiedlich und der slowakische Einfluß soll nur insoweit berücksichtigt werden, als er institutionalisiert war.

Da das Ziel der Arbeit eine Analyse ist, beruht sie zum großen Teil auf den schon veröffentlichten Dokumenten und Materialien. Die Literaturhinweise sind ausschließlich als Quellenangaben zu verstehen, nicht als ausführliche bibliographische Hinweise¹.

Zur politischen Tradition der Ersten Republik

Das parlamentarisch-demokratische System in der Tschechoslowakei hat vor dem Kriege sicherlich — und freilich mit Einschränkungen zufriedenstellend — funktioniert und die politischen und individuellen Freiheiten wurden bis zum Schluß in ausreichendem Maße gewährleistet. Diese Feststellung bedeutet jedoch nicht, daß das politische System eine Bewährungsprobe bestanden hätte; leider wurde ihm aber keine Chance dafür gegeben. Die Umstände, unter denen es funktionierte, waren zwar nicht einfach, jedoch weit günstiger als die vieler anderer Demokratien, die nach 1918 entstanden sind. Ob jedoch langfristig die Gesellschaft mit den schon in der Begründung des Staates gegebenen ideologischen Problemen sowie mit

¹ Eine ausführliche Bibliographie findet sich bei Pustejovsky, Otfried: Der ‚Februar‘ 1948 in der Tschechoslowakei. Probleme, Arbeitsbereiche, Literatur. BohJb 10 (1969) 324—404.

den in der Praxis des politischen Systems sich entwickelnden Schwierigkeiten — unter Einhaltung der freiheitlich-demokratischen Regeln — fertig geworden wäre, bleibt offen.

Die Niederlage der demokratischen Kräfte in der Tschechoslowakei nach 1945 wurde selten im Zusammenhang mit der politischen Erfahrung der Ersten Republik interpretiert. Ob man zu denjenigen gehört, die in der Ersten Republik eine Musterdemokratie sehen, oder zu denjenigen, die in erster Linie auf die nationalen Zerwürfnisse und die gewaltsame Unterdrückung einzelner Nationalitäten durch die Tschechen hinweisen, man wird dazu neigen, die kommunistische Totalitarisierung aus der weltpolitischen Lage der Kriegs- und Nachkriegsjahre zu erklären. Und doch ist es gegen jede Logik einer historischen Arbeit, den Zusammenhang zwischen der politischen Entwicklung vor und nach einem Kriege zu vernachlässigen, oder gar zu leugnen. Die folgenden Bemerkungen sollen auf eine solche Kontinuität der tschechischen Politik hinweisen.

Voraussetzungen und Folgen der Staatsgründung. Als T. G. Masaryk im Exil während des Ersten Weltkrieges seine politische Tätigkeit am Ziel der Gründung eines selbständigen tschecho-slowakischen Staates orientierte, hatte er in seiner Heimat kaum politische Unterstützung gefunden. Die selbständige Tschechoslowakei war kein Staat, der die Erfüllung langersehnter Wünsche seiner Bevölkerung darstellte. Es war aber auch keine politisch einflußreiche Gruppe unter den Tschechen vorhanden, die zu Masaryks Bemühungen eine Alternative angeboten hätte. Die verschiedenen Konzepte, wie die tschechische Frage nach dem Kriege zu lösen wäre, unterschieden sich nur insoweit, als die Zielformulierungen durch die strategischen Überlegungen der Realisierbarkeit beeinflusst wurden. Das Ergebnis von Masaryks politischem Bemühen im Exil — die selbständige Tschechoslowakei — wurde von den Tschechen aller politischen Gesinnungen einstimmig bejaht; denn dies entsprach dem tschechischen nationalen Bewußtsein, auch wenn dieses Bewußtsein nicht immer in politische Forderung umgesetzt wurde — zum großen Teil aus politisch-taktischen Überlegungen.

Das tschechische politische Grundverständnis beruht auf der nationalistischen Ideologie, wie sie im 18. und 19. Jahrhundert in Europa entwickelt wurde: die Welt ist, wenn richtig organisiert, in Völker teilbar, die sich politisch selbst zu verwalten haben. Das Selbstbestimmungsrecht ist das primäre Menschenrecht und jede nicht-nationale Regierung macht sich der Usurpation dieses Rechtes schuldig. Insofern ist dieses Prinzip nicht eine ausschließlich tschechische Besonderheit, sondern bis heute allgemein akzeptiert. Die Problematik dieses Prinzips zeigt sich über die Nationalitätenfrage hinaus in seinen Folgen auf die Grundeinstellungen zur Politik: wenn nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker das primäre Recht bedeutet, dann ist es das erste Interesse der Menschen, dieses für sich zu sichern. Die Politik ist dann an erster Stelle dazu da, der Nation zur Selbstverwirklichung zu verhelfen. Die nationale Verwirklichung durch die Eigenstaatlichkeit wird zum ersten Ziel politischen Bestrebens. In der Tschechoslowakei zeigte sich eine solche Haltung als verhängnisvoll, zunächst für das Zusammenleben der einzelnen Völker, später in den Einstellungen zur inneren Gestaltung des Staates.

Im Unterschied zu den tschechisch-slowakischen Beziehungen — in denen sich heute trotz der andauernden Spannungen ein Ausgleich anbahnt — fand die tschechisch-deutsche Auseinandersetzung ein Ende. Für den untersuchten Zeitraum war dieses Ende von höchster politischer Bedeutung. Und doch ist es falsch, nur die damals direkt Beteiligten für dieses Ende verantwortlich zu machen; schon während der Entstehung des Staates waren die Weichen so gestellt, daß kaum ein anderes Ende hätte kommen können. Der unvereinbare Anspruch, sowohl der Tschechen als auch der Deutschen, nur durch eine eigennationale Regierung verwaltet zu werden, wurde durch die zeitpolitische Überlegenheit der Tschechen gegenüber den Deutschen jedoch erschwert.

Es ist falsch, wenn die Tschechen die Vertreibung der Deutschen mit der Erfahrung des Nazismus zu rechtfertigen suchen. Mindestens seit Palacký wurde die Herrschaft der Deutschen nicht nur als eine fremde Herrschaft verstanden, sondern sie wurde mit der Herrschaft des Bösen über das Gute identifiziert. Diese Meinung vertrat auch Masaryk, wenn er auch seine Gefolgsleute zur Toleranz ermahnt hatte. Sogar in den offiziellen Begründungsdokumenten der tschechoslowakischen Forderungen in Versaille wird diese Auffassung kundgetan: „Da müssen Opfer gebracht werden zugunsten dessen, der es verdient und der genügende Garantien für seine Ehrenhaftigkeit und Friedensliebe bietet, besonders in einem Falle, wie es der der Tschechoslowaken und der Deutschen ist“². Diese Einstellung war sicherlich ein erschwerender Umstand für die tschechisch-deutsche Auseinandersetzung, jedoch auf deutscher Seite herrschten nicht weniger Vorurteile gegenüber den Tschechen. Sie waren allerdings mit denjenigen vergleichbar, die zwischen den Tschechen und Slowaken vorzufinden sind. Während die deutschen Vorurteile nicht direkt in die politische Argumentation aufgenommen wurden, fand der tschechische ethische Anspruch darin sehr wohl einen Platz.

Nun gab es auf der tschechischen Seite auch ein hohes Maß an gutem Willen, ihr Zusammenleben mit den Deutschen gerecht zu gestalten. An Masaryks Ehrlichkeit kann nicht gezweifelt werden, wenn er den Deutschen in dem neuen Staate eine gleichberechtigte Stellung zusicherte, oder wenn es in Versailles in den tschechoslowakischen Erklärungen hieß, daß den Deutschen in Böhmen dieselben Rechte zugestanden würden wie den Tschechoslowaken. Die deutsche Sprache würde zweite Landessprache sein, und man würde sich niemals irgendeiner Unterdrückungsmaßnahme gegen den deutschen Bevölkerungsteil bedienen³. Wie auch immer dieses Versprechen während der Ersten Republik verwirklicht bzw. nicht eingehalten worden ist, das Grundproblem der tschechisch-deutschen Auseinandersetzung lag auf einer anderen Ebene: die Deutschen verlangten nicht die Gewährleistung der Minderheitenrechte, sondern — ihrem in der nationalistischen Ideologie verhafteten Grundverständnis der Politik entsprechend — suchten die politische Selbstverwirklichung in der nationalen Selbstverwaltung. Und gerade das konnten die Tschechen von ihrem politischen Bewußtsein her nicht gewährleisten. In bezug auf das Pro-

² Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920. Hrsg. von Hermann Rauschhofer. 2. ergänzte Aufl. Berlin 1938, S. 109. — Ausführlicher in Masaryk, T. G.: *Nová Evropa* [Das neue Europa]. Prag 1920.

³ Rauschhofer 101.

blem der Usurpation des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen vertraten die Tschechen eine offene Haltung. Anstatt jedoch am Prinzip selbst zu zweifeln, das offensichtlich keine lebensfähigen Staatswesen hervorbringen konnte, suchten sie das Problem im Geiste ihrer nationalistischen Ideologie zu lösen: durch den Anspruch der moralischen Überlegenheit begründeten sie ihr Recht, von den Deutschen „Opfer“ zu verlangen, wodurch eine politische Auseinandersetzung in eine ethische transformiert wurde. Für die Deutschen war eine solche Argumentation natürlich unannehmbar. Es ist jedoch nicht richtig, die tschechoslowakische Regierung der Nichterfüllung ihres Versprechens zu beschuldigen. Die Berufung auf die Schweizer Verhältnisse in diesem Zusammenhang ist nämlich falsch. Wenn es in dem Versailler Memorandum bezüglich der Nationalitätenfrage hieß, „das Regime würde ähnlich dem der Schweiz sein“⁴, dann begab man sich auf das Feld eines Widerspruchs in sich: ein Staat, der als ein Mittel zur Selbstverwirklichung einer ethnischen Nation geschaffen wurde, ist nicht mit dem Staat der Schweizer als politischer Nation vergleichbar. Insofern waren sowohl die Tschechen als auch die Deutschen, beide in der nationalistischen Ideologie verhaftet, im Unrecht, wenn sie über die „Schweizer Verhältnisse“ in dem neuen Staate sprachen. Solche Verhältnisse wollten in Wirklichkeit weder die einen noch die anderen.

Die tschechisch-deutsche Auseinandersetzung fand nun ihr endgültiges Ende 1945. Der Weg zu einer Lösung, in der der Stärkere sich durchsetzt — anstelle einer Versöhnung —, wurde schon 1918 eingeschlagen. Er war durch das Verharren in der Ideologie des Nationalismus des 19. Jahrhunderts vorgegeben. Die Implikationen eines solchen politischen Verständnisses wirkten aber auch indirekt in den Auseinandersetzungen der Tschechen mit dem Kommunismus während der vierziger Jahre: die überbetonte Bedeutung, die den außenpolitischen Garantien der Staatsgrenzen beigemessen wurde, die Befürchtungen, daß die nationale Einheit durch politische Diskussionen bedroht werde, die Bereitschaft, allnationale Regierungen nach 1945 ohne Opposition zu akzeptieren, oder die Kurzsichtigkeit gegenüber den innenpolitischen Folgen der Vertreibungen sind auf die jener Ideologie innewohnende Logik zurückzuführen.

Das politische System der Ersten Republik. Die Verfassung von 1920 blieb bis Ende der Ersten Republik in Kraft, das politische System veränderte sich jedoch während dieser Zeit. Für eine Untersuchung der Kontinuität der tschechischen Vor- und Nachkriegspolitik ist nicht so sehr die entstandene Diskrepanz zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit relevant, sondern die Richtung, in der sich das politische System wandelte. Sie ist als eine Richtung von der parlamentarischen zur autoritären Demokratie der „starken Hand“ zu beschreiben⁵. Der Dualismus zwischen der Gesellschaft und dem Staate wurde zunehmend zugunsten eines reinen Parteienstaates abgeschwächt. Solange die Staatsführung — wie während der Ersten Republik — an einem freiheitlich-demokratischen politischen System in-

⁴ Ebenda 109, 373—375.

⁵ Lipscher, Ladislav: Zur allgemeinen Analyse des politischen Mechanismus in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. In: Die „Burg“. Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš. Hrsg. von Karl Bosl. Bd. 1. München-Wien 1973, S. 156.

teressiert war, konnte ein solches erhalten bleiben. Die Schwäche des Widerstandes gegenüber dem autoritären politischen System nach 1945 ist jedoch nicht zuletzt auf diese Entwicklung zurückzuführen.

Die Verfassung von 1920 war der französischen von 1875 ähnlich. Die Trennung der drei Gewalten, der gesetzgebenden, der vollziehenden und der richterlichen Gewalt, wie sie in der Verfassung verankert war, wurde jedoch nie konsequent durchgeführt. Die Vollzugsgewalt teilte die Regierung mit dem Präsidenten und obwohl sie beide von dem Parlament abhängig waren, wurde die Regierung im Laufe der Zeit gestärkt. Das für die parlamentarische Regierungsweise charakteristische Wechselverhältnis zwischen einer regierenden Mehrheit und einer opponierenden Minderheit kam während der Ersten Republik nicht zustande. Die praktizierte Regierungsform der breiten Koalitionen erinnert an die Große Koalition in Österreich: die Kontrolle der Regierung wurde nicht von einer Opposition, die auf das Gewinnen der Mehrheit zusteuert, wahrgenommen, sondern durch eine Ämterpatronage der einzelnen, in der Exekutive vertretenen Parteien. Konflikte wurden nicht durch Mehrheitsbildung oder programmatische Annäherung der Koalitionsparteien gelöst, sondern durch Junktimierung. Dazu bildete sich als Institution der „Fünfer-“ bzw. „Achterausschuß“ heraus, von der sich die Form und Funktion der Ausschüsse des Sozialistischen Blocks und der Nationalen Front nach 1945 nicht wesentlich unterschieden. Vor dem Krieg wurden in die Ausschüsse jeweils Mitglieder der in der Regierung vertretenen Parteien entsandt, um gemeinsam die jeweiligen Aktionsmöglichkeiten der Regierung zu suchen. Es wurde zur Regel, daß über alle Regierungsvorlagen, Gesetz- und Verordnungsentwürfe, Ernennungsdekrete und sonstige Regierungsinitiativen in diesen Ausschüssen einstimmig entschieden werden mußte, wenn sie wirksam werden sollten. Die dabei in den Ausschüssen ausgehandelten Vereinbarungen, gegenseitigen Kompensationen und eingegangenen Bindungen wurden nicht an die Öffentlichkeit gebracht, aber auch nicht in die Parteiorganisationen oder ins Parlament hereingetragen ⁶.

Der so regierte zentralistische Staat entwickelte sich zu einem typischen Parteienstaat. Die Verwaltungs- und Ministerialbürokratie ist zu einer Domäne der politischen Parteien geworden und auch die relativ schwach ausgebaute Selbstverwaltung wurde von den Parteien dominiert. Während man den Zusammenbruch der Weimarer Republik unter anderem auf das Versagen des Parteiensystems zurückführt, wird das tschechische Parteiensystem kaum in die Erklärungen der Niederlage der nicht-kommunistischen Parteien nach 1945 einbezogen. Und doch bietet sich ein Vergleich zwischen dem deutschen und dem tschechischen Parteiensystem an.

Während die Weimarer Republik unter schwierigen Ausgangsbedingungen entstand, war die politische Situation nach 1918 für die tschechische Bevölkerung günstig. Die Parteienzersplitterung in den beiden neuen Republiken wurde in der Tschechoslowakei durch die Rivalitäten unter den verschiedenen Völkergruppen insofern gemildert, als die tschechischen Parteien eine Zusammenarbeit auf nationaler Basis bejahten und durchzuführen fähig waren. Durch die nationalen Bestrebungen waren die Parteien fähig, einen gemeinsamen Konsens und eine Partei-

⁶ Mertl, Jan: Co s politickým stranami [Und die politischen Parteien]? Prag 1938.

disziplin zu entwickeln, und sie zeigten schließlich auch einen eindeutigen Willen zur Macht. Erst während des Zweiten Weltkrieges wurde das tschechische politische Leben mit einer problematischen Situation konfrontiert, die sich mit der der Weimarer Republik vergleichen läßt: es mangelte an außenpolitischer Unterstützung für die eigenständige Staatlichkeit und innenpolitisch stand in der Mitte der tschechischen Parteien eine starke radikale und das bisherige politische System nicht bejahende Partei — die Kommunistische. Die nicht-kommunistischen Parteien zeigten während dieser Konfrontation einen Mangel an ideologischer Standfestigkeit und eine Neigung zu politischem Tauschgeschäft anstelle einer Auseinandersetzung, ähnlich den Weimarer demokratischen Parteien. Im tschechischen Fall korrespondiert diese Haltung eindeutig mit der Praxis der Parteipolitik der Ersten Republik; die Schwächen der demokratischen Parteien in Deutschland und in der Tschechoslowakei sollten jedoch parallel untersucht werden — trotz der zeitlichen Verschiebung.

Politische Parteien. Alle politischen Parteien, die in dem 1918 errichteten Staate die Regierungsverantwortung getragen haben, existierten schon vor diesem Staat. Die tschechische Politik entwickelte sich als Politik einer nationalen Minderheit. Die tschechischen Parteien entstanden zwar aus dem Wettbewerb verschiedener politischer Richtungen, jedoch bildeten die gemeinsamen nationalen Ziele eine starke Bindung unter ihnen. Dies bewirkte, daß die Parteien sich eher durch taktische Überlegungen und ständische Interessen voneinander unterschieden als durch ideologisch-politisch fundierte Haltungen.

Die seit 1925 stärkste tschechische Partei, die Agrarpartei, stützte sich vorwiegend auf die großen landwirtschaftlichen Wirtschaftsunternehmen, jedoch auch auf die zahlreichen genossenschaftlichen Organisationen sowie die breite Landbevölkerung. Obwohl die Agrarpartei die konservative Richtung in der tschechischen Politik repräsentierte, gab sie sich nach der Staatsgründung recht progressiv. Nach ihrer Annäherung an die Staatsgründer Masaryk und Beneš unterstützte sie in den ersten Jahren die Politik der „Burg“. Sie war auch die Hauptträgerin der groß angelegten Agrarreform — und einer ihrer größten Nutznießer. Ihr Programm, von der schwach ausgearbeiteten Ideologie des Agrarismus geprägt, enthielt, insofern es den Wert des Bodens und dessen Bearbeitung betonte, ein konservatives Element; jedoch gerade in diesen Gedanken entsprach sie weitgehend den traditionellen nationalen Sentiments der Tschechen aller politischen Richtungen. Und weil die Partei, wie alle anderen, auf dem Boden des tschechischen Nationalismus stand, war sie gezwungen, sich im Augenblick der Gründung des neuen Staates reformatorisch zu geben. Der eigentliche Aspekt, unter dem die Partei im damaligen politischen Spektrum als eine Rechte zu bezeichnen ist, ist der politisch-pragmatische.

Die Partei begann sich nach 1925 zu profilieren, als der Einfluß der Gruppe um Milan Hodža wuchs, der auf ein Abrücken von der „Burg“ drängte. Die Motive dafür sind jedoch nicht zuletzt in der außenpolitischen Orientierung zu finden: die agrarischen Interessen standen im Gegensatz zur französisch-osteuropäischen Orientierung Benešs und befürworteten eine Annäherung an das industrielle Deutschland, dessen Agrarproduktion keine so starke Konkurrenz darstellte wie die der Län-

der Osteuropas. Es war verhängnisvoll für diese Partei, daß sich diese Gruppe nach 1933 zu einem starken Flügel unter Berans Führung mit eindeutig pro-deutscher Orientierung entwickelte und Beran als Ministerpräsidenten der Zweiten Republik unterstützte. Die Agrarpartei wurde nach Kriegsende durch eine Vereinbarung zwischen Beneš und der KPTsch verboten — die Beschuldigung der Kollaboration mit den Deutschen gab eine bequeme Begründung dafür ab. Vorwegnehmend soll jedoch bereits hier darauf hingewiesen werden, daß die ehemaligen Mitglieder dieser Partei nach deren Verbot einen dubiosen Weg zur Verteidigung ihrer Interessen eingeschlagen haben. Und das ist nicht zuletzt auch auf die schwache ideologische Haltung der Partei schon während der Ersten Republik zurückzuführen.

War die Agrarpartei eine recht ambivalente Vertreterin des politischen Konservatismus in der Vorkriegsrepublik, so gilt dies noch viel mehr für die Volkspartei, die ebenfalls oft als konservativ bezeichnet wurde. Um staatsfähig zu werden, mußte sich die katholische Volkspartei von traditionellen katholischen Einstellungen trennen. Unter der Führung Šrámeks wurden die Frage der Nation und soziale Reformen in den Vordergrund des politischen Katholizismus in der Tschechoslowakei gestellt und die Partei legte sich auf eine der „Burg“ nahe politische Linie fest. Dies brachte ihr zwar eine schnelle Erholung im Lande der „Los-von-Rom-Bewegung“, indem sie relativ bald sehr gute Wahlerfolge vorweisen konnte, trug jedoch zur Prinzipienfestigkeit ihrer Sympathisanten kaum bei.

In dem untersuchten Zeitraum spielten die zwei sozialistischen Parteien — die Sozialdemokratische und die National-Sozialistische — in der Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei die Schlüsselrolle.

Die tschechische Sozialdemokratische Partei konnte bald nach ihrer Gründung sehr gute Wahlergebnisse verzeichnen. Nach 1918 beteiligte sie sich fast an allen Regierungen. Mit 37 % der Wählerstimmen (1920) wurde sie mit großem Abstand zur stärksten Partei. Ein solch hohes Wahlergebnis wurde während der Ersten Republik von keiner anderen Partei auch nur annähernd erzielt. Die sozialdemokratischen Wähler kamen in den tschechischen Ländern überwiegend aus der Arbeiterschicht. Eine eingehende Untersuchung von Burks zeigt deutlich, daß die Arbeiterschaft in den industrialisierten Gebieten der ČSR nicht die KPTsch wählte, sondern die Sozialdemokratische Partei. Das wird durch die Tatsache bestätigt, daß etwa 40 % aller Gewerkschaftsmitglieder für die Sozialdemokratische Partei stimmten, während nur etwa 14 % die KPTsch unterstützten⁷.

Die Abspaltung der Kommunistischen Partei brachte die Sozialdemokratie bezüglich ihrer Mitgliedschaft und Wählerschaft in eine tiefe Krise, die nur sehr langsam behoben werden konnte. Allerdings blieb der Anteil der beiden marxistischen Parteien, der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen, zusammengekommen bei stets etwa der gleichen Stimmenzahl wie 1920. Wenn man dazu die Stimmen der National-Sozialistischen Partei hinzufügt, dann wird deutlich, wie stark das sozialistische Element im politischen Leben der Tschechoslowakei war. Ihm ist auch die großzügige Sozialgesetzgebung der Ersten Republik zuzuschreiben.

⁷ Burks, R. V.: Die Dynamik des Kommunismus in Osteuropa. Hannover 1969, S. 52—53.

Es war die Sozialdemokratie, die die Entwicklung der tschechischen Länder zu einem sozialen Staat in die Wege geleitet hat.

Sie war es auch, die dem späteren Präsidenten T. G. Masaryk die politische Laufbahn geöffnet hat, indem sie ihm volle Unterstützung gab. Während der Ersten Republik pflegte die Sozialdemokratie enge Beziehungen zur „Burg“, obwohl ihre Politik in der Regierung von linken Gruppierungen innerhalb der Partei stets scharf kritisiert wurde. Die innerparteilichen Differenzen verschärften sich allerdings erst während der Exilzeit in dem Maße, daß sie die Funktionsfähigkeit der Partei minderten.

Die zweite sozialistische Partei, die eine Schlüsselrolle im untersuchten Zeitraum spielte, ist die National-Sozialistische Partei. Sie (bzw. ihre Vorgängerin) entstand während der Jahrhundertwende aus dem Vorwurf, daß die Sozialdemokratie für die nationalen Forderungen der tschechischen Politik kein Verständnis habe. Die Partei fand Unterstützung bei den qualifizierten Arbeitern, den selbständigen Handwerkern, den kleinen Geschäftsleuten und beim städtischen Kleinbürgertum. Ihre Ideologie des nationalen Sozialismus war ein Versuch, die Reformtendenzen, wie sie aus den sozialistischen Ideologien des Westens hervorgegangen waren, mit den Grundanliegen des nationalen Lebens und mit den eigenen politischen Traditionen zu verbinden. Bald erhoben sich innerhalb der Partei starke programmatische Widersprüche. Ein Flügel drängte auf Verschärfung der sozialistischen Forderungen und setzte sich in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg allgemein durch. Der Parteitag von 1918 gab der Partei ein weitgehend sozialistisches Programm. Die nationalen Ziele wurden als bereits erfüllt angesehen, weshalb die Bedingungen für die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft als gegeben erschienen⁸.

Trotz der grundlegenden Unterschiede zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei (wie sich die National-Sozialisten zeitweise nannten) und der Sozialdemokratie wurden fortdauernd Versuche unternommen, die beiden Parteien zu vereinigen; sie blieben jedoch erfolglos.

Machtpolitisch war die Partei seit der Entstehung des Staates eng mit der „Burg“ verbunden. Schon bei den ersten Wahlen stand Beneš an der Spitze ihrer Kandidatenliste, drei Jahre später trat er dann der Partei bei. Nachdem er 1935 Präsident geworden war, verließ er zwar formell die Partei, blieb jedoch mit ihr auch weiterhin eng verbunden.

Nach dem Parteiausschluß einiger auf Radikalisierung nach links drängender Gruppen in den zwanziger Jahren etablierte sich die Partei als die Vertretung der „Burg“ in den Regierungskoalitionen; Präsident Masaryk setzte sich mit seiner ganzen Kraft dafür ein, daß die beiden sozialistischen Parteien nach vorübergehender Opposition 1929 gegen den Widerstand der Agrarpartei in die Regierungskoalition zurückkehren konnten. Gleichzeitig mit der Stärkung der Bindung an die „Burg“ verloren die Forderungen der Partei an Radikalität.

Es ist von Interesse, zu vergleichen, wie weit die Partei nach dem Zweiten Welt-

⁸ Vergleiche Slavíček, K.: K vývoji programu ČSNS. [Zur Entwicklung der Programme der ČSNS]. Prag o. J.

krieg, als sie zur wichtigsten nicht-kommunistischen Partei wurde, ihrer politischen und programmatischen Vergangenheit treu blieb, bzw. wie weit sie ihre politischen Zielsetzungen und Einstellungen geändert hat. Die Beschlüsse des letzten Vorkriegsparteitages von 1936 sollen daher eingehender dargestellt werden⁹.

Als Ziel stellte die National-Sozialistische Partei eine Organisation der Gesellschaft auf der Grundlage des tschechoslowakischen Sozialismus dar, der die Prinzipien der Demokratie, des Nationalismus und des Sozialismus verband. Die Theorie T. G. Masaryks lag diesem Programm zugrunde. Unter Berücksichtigung der sozialen Inhalte der großen Bewegungen der tschechischen Vergangenheit und aufgrund der Erkenntnis, daß die liberale Demokratie-Vorstellung nicht mehr den Gegebenheiten der neuen Zeit entsprach, sollte mit demokratischen Mitteln die neue, den Bedürfnissen des Volkes entsprechende Gesellschaft aufgebaut werden.

Für den Bereich der Politik bedeutete das, daß die bisherige Demokratie verfestigt und verbreitet werden sollte.

Für das Wirtschaftssystem wurden weitgehende Reformen als nötig erachtet, und zwar nicht aus sozialer oder sozialistischer Motivation, sondern aus der Erkenntnis, daß das System den schwerwiegenden Veränderungen in der Produktionsweise nur dann gerecht werden konnte, wenn die Einflußmöglichkeiten des Staates gestärkt wurden. Die Produktion sollte so gesteuert und das Einkommen so umverteilt werden, wie es der Erhaltung der Lebensfähigkeit des Systems und damit den Interessen der Allgemeinheit am besten entsprach.

Die sofortigen innenpolitischen Bemühungen sollten zu einer Annäherung an die Sozialdemokratische Partei sowie an die Volkspartei führen; dabei wurde ein starkes Mißtrauen gegenüber der Agrarpartei und anderen rechts stehenden Parteien auf allen politischen Gebieten betont. Der KPTsch wurde eine volle Absage erteilt und eine Zusammenarbeit mit ihr prinzipiell abgelehnt. Volle Unterstützung gab die Partei dem Freundschaftsvertrag zwischen der ČSR und der Sowjetunion, und sie betonte die Notwendigkeit, zwischen der Politik gegenüber der UdSSR und der Politik gegenüber der KPTsch streng zu unterscheiden.

Die KPTsch war die einzige Partei, die sich auf Mitgliedschaft und Wählerschaft aus allen Nationalitäten in dem Vielvölkerstaat stützen konnte. Nach vielen internen Auseinandersetzungen, die von sehr schwankenden Wahlergebnissen begleitet wurden, konnte die KPTsch bei den letzten Vorkriegswahlen, 1935, einen wesentlichen Stimmenzuwachs verzeichnen. Sie verlor zwar Stimmen in den deutschen Gebieten, die diesmal geschlossen die Sudetendeutsche Partei gewählt hatten, erzielte aber große Gewinne in den früher sozialdemokratisch wählenden, industrialisierten Gebieten der tschechischen Länder. Dieser Umschwung wird nicht so sehr aus einer Radikalisierung der tschechischen Bevölkerung erklärt, sondern aus den Sympathien für die Betonung des Patriotismus durch die KPTsch, während der vorauszusehende hohe Sieg der Sudetendeutschen Partei als nationale Bedrohung

⁹ Vergleiche: Zásady, směrnice a program práce pro I., II. a III. sekci XIII. valného sjezdu Čs. strany národně socialistické. [Grundsätze, Richtlinien und Arbeitsprogramm für die I., II. und III. Sektion des XIII. Gesamtkongresses der Tschsl. National-Sozialistischen Partei]. Prag 1936.

angesehen wurde¹⁰. Wenn diese Interpretation zutrifft, dann muß der Stimmenzuwachs als erste Andeutung der Tendenz verstanden werden, die 1946 zum klaren Wahlsieg der KPTsch führte.

Im Vergleich mit vielen jungen Staaten ist in der Tschechoslowakei nicht zu übersehen, daß die Parteien die notwendige „handwerkliche Qualifikation“ hatten, ein parlamentarisch-demokratisches politisches System funktionsfähig zu erhalten. Was jedoch den tschechischen Parteien fehlte, war Prinzipienfestigkeit: klar herausgearbeitete, ideologisch fundierte Haltungen waren bei den tschechischen Parteien kaum zu finden. Die pragmatischen, sogenannten realistischen Haltungen überwogen. Gerade diese Eigenschaft bewirkte eine Ratlosigkeit der Parteien, wenn sie mit krisenhaften Situationen konfrontiert waren. Und solche Situationen waren für die tschechischen Parteien seit der Mitte der dreißiger Jahre außerordentlich schwierig und häufig.

Die „Burg“. Es gibt nur wenige politische Erscheinungen, die einerseits im politischen Bewußtsein der Bevölkerung so fest verankert und andererseits für die Historiker so schwer erfassbar sind wie die „Burg“. Sicherlich aber kann der „Burg“ eine große Bedeutung für die machtpolitische Struktur der Ersten Republik zugeschrieben werden. Der „Burg“ entstammten auch diejenigen Politiker, die den Kern der Londoner Politik bildeten.

Der erste Präsident, Masaryk, pflegte enge Kontakte zu vielen bedeutenden Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des Landes; er war dabei bemüht, eine Kraft entstehen zu lassen, die verschiedene politische Richtungen vereinigen, über den Parteien und über den Nationalitäten stehen und Objektivität und Gerechtigkeit symbolisieren sollte. In der parlamentarischen Sphäre wurde die „Burg“ vor allem durch die beiden sozialistischen Parteien repräsentiert. Auf die anderen suchte die „Burg“ durch die mit ihr frei sympathisierenden Flügel Einfluß auszuüben. Direkt griff die „Burg“ in die Staatsgeschäfte vor allem durch die Personalpolitik ein. Masaryk wußte das Recht zur Ernennung der Minister zu nützen und beanspruchte mindestens die Möglichkeit, unter mehreren Vorgeschlagenen entscheiden zu können. Die Bestimmungen der Außenpolitik und der personelle Aufbau des Außenministeriums wie des diplomatischen Corps wurden von Anfang an unumstrittenes Monopol der „Burg“; ebenso übte sie großen Einfluß auf die personelle Politik innerhalb der Armee aus. Es läßt sich sicher nicht bestreiten, daß sich in allen Schlüsselstellungen der Staatsverwaltung „Burgsympathisanten“ befanden.

Erst als der Einfluß der Agrarpartei dank ihrer Wahlerfolge wuchs, und zwischen 1926 und 1929 die sozialistischen Parteien wegen ihrer Nichtteilhabe an der Regierung teilweise aus ihren Positionen innerhalb des Staatsapparates verdrängt und durch Angehörige der rechten Parteien ersetzt wurden, konnten die ersten offenen Versuche von rechts erfolgen, den Einfluß der „Burg“ zu mindern.

Zu Anfang der dreißiger Jahre erlebte die Tschechoslowakei die Entstehung

¹⁰ Zinner, P.: *Communist Strategy and Tactics in Czechoslovakia 1918—1948*. New York 1963, S. 66.

einer Polarität zweier starker staatstragender Kräfte. Leider konnte sich diese Polarität, eine für den Parlamentarismus grundlegende Erscheinung, infolge der Bedrohung des Staates nicht entwickeln. Die „Burg“ blieb als Mythos und Symbol der Ersten Republik erhalten, dadurch jedoch ist ihre starke Wirkung auch problematisch.

Sie vertritt als Symbol der „guten“ Seiten der tschechischen politischen Geschichte den inhaltlichen Aspekt der Politik. Ihre ambivalente Stellung im politischen Prozeß wird jedoch selten hinterfragt. Damit drückt das Symbol „Burg“ die Neigung zur substanzialisierenden Auffassung der Politik aus und perpetuiert sie gleichzeitig. Vielleicht füllt sie dabei die Lücke in ideologischer Prinzipienfestigkeit der tschechischen Parteien. Die Mißachtung für die prozedualen Aspekte des politischen Systems aber zeigte sich in der kritischen Phase nach 1945 als verhängnisvoll für die tschechische nicht-kommunistische Politik. Es war genug, daß die Kommunistische Partei den Namen Masaryk in ihre Erklärungen aufgenommen hat; sie konnte damit das Vertrauen der breiten Bevölkerungskreise gewinnen und zugleich den politischen Mechanismus rücksichtslos zu eigenen Gunsten manipulieren. Während der Ersten Republik mag die hohe Achtung, die Masaryk und jeder, der sich zu seinen Anhängern zählte, genoß, einen positiven Einfluß auf die Kohärenz der parlamentarischen Kräfte sowie einen hohen erzieherischen Wert gehabt haben. Da aber dieser Faktor nicht entsprechend den prozedualen Prinzipien der parlamentarischen Systeme institutionalisiert war, war es für die Nachfolger schwierig, das Erbe der „Burg“ — über die symbolische Wirkung hinaus — nachträglich festzuhalten.

Das Parteiensystem der Ersten Republik fand sein Ende zwischen 1938—1939. Der Widerstandskampf der Tschechen im Protektorat kann als schwach bezeichnet werden¹¹. Die KPTsch war die einzige politische Partei, die organisiert in die Illegalität ging und dort weiter lebte, was ihr große Sympathien der Bevölkerung einbrachte. Durch die harte Verfolgung bestand die Partei am Kriegsende aus neuen Mitgliedern, die vorwiegend aus kleinen Jugendgruppen kamen und kaum über Verbindungen zur Moskauer Führung verfügten. Die Partei war jedoch den Umständen entsprechend schwach organisiert und es war für den aus Moskau zurückgekehrten Kern alter Funktionäre nicht schwer, bald die Kontrolle der Partei zu übernehmen. Obwohl im wesentlichen programmatische Ähnlichkeiten zwischen vielen der Gruppen des nicht-kommunistischen Widerstandes und der Londoner Regierung bestanden, betonte man im Protektorat die Notwendigkeit, eine starke einheitliche demokratische Kraft im Nachkriegsstaat aufzubauen, die sich als Gegengewicht der KPTsch gegenüberstellen könnte. Jedoch auch den nicht-kommunistischen Gruppen fehlten Mittel, sich gegen die Exilpolitiker durchzusetzen. Sie konnten sich auf wenig Erfolge und keine zahlenmäßig starke Mitgliedschaft stützen. Die Bedingungen für das Exilregime, sich als der entscheidende Machtträger in der Nachkriegszeit behaupten zu können, wie es auch später geschehen ist, waren günstig.

¹¹ Vergleiche Mastný, V.: *The Czechs under Nazi Rule. The failure of national resistance, 1939—1942.* New York-London 1971.

Dem Wunsch des Deutschen Reiches entsprechend, im Einklang mit eigenen Vorstellungen und in Übereinstimmung mit der neuen tschechoslowakischen Regierung, verließ Beneš die ČSR und traf am 22. Oktober 1938 in London ein.

Beneš Aufenthalt im Ausland wurde als privat bezeichnet. Von Anfang an war jedoch zu erkennen, daß Beneš die politische Bühne nicht verlassen hatte. Schon vor seiner Abfahrt aus Prag legte er seinen engen, dort verbleibenden Mitarbeitern die Aufgabe nahe, später einen einheimischen illegalen Widerstandskampf zu organisieren. Er machte sie mit seiner Auffassung von der Situation und den daraus resultierenden Aufgaben bekannt¹².

Beneš erwartete, daß Hitler zunächst den Anschein erwecken werde, die Garantien des Münchener Vertrages anzuerkennen, und daß es erst später, in der zweiten Hälfte des Jahres 1939 oder erst 1940, zum Krieg kommen werde. Erst vom Kriege versprach sich Beneš eine Erneuerung der ČSR in den Grenzen von 1937. Der Regierung der Zweiten Republik (von September 1938 bis März 1939) empfahl er daher eine vorsichtige, neutrale Politik Deutschland gegenüber. Die Existenz verschiedener gegeneinander gerichteter Parteien hielt er für unklug. Er selbst war bemüht, im Ausland nichts zuungunsten der Zweiten Republik zu unternehmen. Zugleich forderte er zahlreiche Vertreter aus Politik und Armee auf, ins Ausland zu gehen, um später eine Exilarmee und eine Exilregierung zu organisieren, die in dem erwarteten Kriege im Namen des tschechoslowakischen Staates gegen das Deutsche Reich eingreifen sollte¹³. Beneš nachgiebige Politik während der Münchener Krise sowie sein privater Abgang ins Ausland haben eine sehr negative Beurteilung in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit hervorgerufen. Auch persönlich befand sich Beneš in einer außerordentlich schwierigen Situation. Verlassen von vielen seiner Mitarbeiter und Sympathisanten war er gezwungen, Hilfe für die Anfänge seiner Exilpolitik außer bei ganz wenigen persönlichen Freunden hauptsächlich bei den Angehörigen seiner Familie zu suchen¹⁴.

Die Besetzung Böhmens und Mährens, ihre Annexion durch das Deutsche Reich und die Errichtung des selbständigen slowakischen Staates veränderten zwar die Einstellung der tschechischen Öffentlichkeit zugunsten Benešs, die früheren Sympathien jedoch konnte er während des Krieges bei weitem nicht mehr erreichen. Später wurde aber die Anerkennung der tschechoslowakischen Regierung im Exil und die Errichtung der Nachkriegstschechoslowakei in den Grenzen von 1937 auf Seiten der Alliierten eindeutig als sein Verdienst betrachtet: „Es war ein Erfolg, erkaufte durch die harte Arbeit und unglaubliche Geduld Benešs“¹⁵.

Nach der Errichtung des Protektorats Böhmen-Mähren im März 1939 sah Beneš den Augenblick gekommen, in dem die Organisation der tschechoslowakischen Befreiungsaktion im Exil beginnen sollte.

¹² Beneš, E.: Paměti [Erinnerungen]. Prag 1947, S. 75—76.

¹³ Ebenda 73—96.

¹⁴ Křen, J.: Do emigrace [In die Emigration]. Prag 1963, S. 256.

¹⁵ Firt, J.: Cestou k únoru: počátky byly v Londýně [Unterwegs zum Februar: Die Anfänge fanden in London statt]. Svědectví 46 (1973) 212.

Stets noch als Privatperson nahm Beneš im Sommer 1939 mit der Regierung Großbritanniens Kontakt auf. Diese hatte jedoch zum tschechoslowakischen Problem noch keine Stellung bezogen.

Auf Grund von Benešs Sympathien mit dem Sozialismus war man in den Kreisen um Daladier Beneš gegenüber mißtrauisch; eine weitere Motivation, Beneš jede Unterstützung zu versagen, war vermutlich Daladiers Bemühung, sein Verhalten während der Münchner Krise zu rechtfertigen. Dies alles stärkte diejenigen tschechischen und slowakischen Exilkreise, die gegen Benešs Konzeption arbeiteten. In tschechischen Interpretationen wird behauptet, daß Beneš in britischen Regierungskreisen hohes Ansehen genoß. Diese Behauptung steht im Widerspruch zu den neuesten Forschungen¹⁶, die ergeben, daß Beneš als Person vielseitiger Kritik und Mißtrauen in vielen einflußreichen Kreisen begegnete. Die Befreiung des tschechischen Volkes wurde jedoch als eines der künftigen Ziele Großbritanniens betrachtet; Verpflichtungen hinsichtlich Form und endgültiger Ergebnisse dieser Befreiung wurden allerdings nicht übernommen¹⁷.

Unter diesen Umständen schien die Bildung einer regulären Exilregierung, wie sie Beneš wünschte, in absehbarer Zeit nicht möglich zu sein. Im Herbst wurde ein „Nationalausschuß“ in Paris gegründet, der die tschechoslowakische Emigration vereinigen und eine tschechoslowakische Exilarmee im Rahmen der französischen Armee organisieren sollte. In diesem Ausschuß fanden sich sowohl Benešs Anhänger als auch seine Gegner zusammen. Auf Grund der daraus hervorgehenden starken Meinungsunterschiede blieb der Tätigkeitsbereich dieses Organs relativ begrenzt¹⁸. Vom Standpunkt der französischen und britischen Regierung aus gesehen, repräsentierte dieser Ausschuß jedoch nicht mehr als nur die tschechische und slowakische Emigration.

Im Namen des Pariser „Nationalausschusses“ führte Beneš Verhandlungen mit der britischen Regierung über die Anerkennung einer provisorischen Regierung im Exil. Dies geschah am 21. Juli 1940. Die britische Regierung machte aber Vorbehalte bezüglich der Kontinuität der ČSR und der endgültigen Bestimmung der Grenzen. Beneš als Staatspräsident ernannte nun die Exilregierung der ČSR sowie einen Staatsrat als Beratungsorgan des Präsidenten und als Hilfskontrollorgan im Rahmen der provisorischen tschechoslowakischen Staatsorgane. Eine volle Anerkennung der Regierung durch Großbritannien erfolgte erst ein Jahr später, nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Krieg. Gleichzeitig wurde die Regierung durch die UdSSR und die USA anerkannt.

¹⁶ Franke, R.: Die Tschechoslowakei in der politischen Meinung Englands 1918—1938. In: Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Hrsg. von Karl Bosl. München-Wien 1975.

¹⁷ Beneš akzeptierte die Unterscheidung tschechisches und slowakisches Volk bis 1945 nicht; in Großbritannien wurde dagegen die Frage der künftigen Beziehungen dieser beiden Völker als noch zu lösendes Problem betrachtet.

¹⁸ Klátal, F.: Jak to bylo v Paříži. Lícení o počátcích boje za svobodu za druhé světové války [Wie es in Paris war. Eine Schilderung der Anfänge des Kampfes um die Freiheit während des Zweiten Weltkrieges]. London 1944.

Ein Ziel von Benešs Politik war damit erreicht. Noch war aber nicht die Anerkennung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens und alles dessen, was ihm folgte, gesichert, d. h. weder die Kontinuität der Ersten Republik noch ihre Grenzen für die Nachkriegszeit. Und eben das waren die weiteren Ziele, die Beneš im Exil angestrebt hatte ¹⁹.

In der Atlantikcharta deklarierten die USA und Großbritannien ihre Außenpolitik in einer sehr vagen Weise, die es ihnen verbot, irgendwelche Festlegungen bezüglich des Schicksals einzelner Staaten in der Nachkriegszeit zu treffen.

Damit konnte Benešs Wunsch nach Garantien für die Wiederherstellung der ČSR in den Grenzen von 1937 von ihnen nicht erfüllt werden.

Die Sowjetunion hatte den Münchener Vertrag nie anerkannt und den emigrierten Beneš als offiziellen Vertreter des Staates behandelt. Nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrags verlor Beneš seine von früher her guten Kontakte zu sowjetischen Vertretungen im Ausland nicht. Die UdSSR erkannte als erste der Großmächte die volle rechtliche Kontinuität der ČSR in den Grenzen von 1937 an, und zwar schon 1941. So wurde die Sowjetunion für Beneš ein unentbehrlicher diplomatischer Partner.

Die Sowjetunion trat von Anfang an entschieden für eine Sicherung ihres Einflusses in Ost- und Mitteleuropa ein, was in den USA und Großbritannien bereits 1941 beobachtet wurde. Beide Staaten schienen ihr das Recht dazu zuerkannt zu haben.

Die Frage, wie weit der Handlungsspielraum der tschechoslowakischen Exilregierung während des Krieges durch die Sowjetunion tatsächlich eingeschränkt wurde, kann in dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Nur als Andeutung sei folgende These zitiert: „Im Zeitraum zwischen dem Beginn des deutschen Ostfeldzuges am 22. 7. 1941 und der endgültigen militärischen Wende zugunsten der Sowjetunion im Dezember 1942 fiel die Entscheidung über das künftige Schicksal der ČSR. Alles, was danach kam, war bloß die Auswirkung der seit 1943 deutlich sichtbaren russischen Vormachtstellung in Osteuropa ²⁰.“ Beneš selbst spricht zwar nachträglich von der in Teheran beschlossenen Aufteilung der Einflußzonen in Europa; es ist jedoch wichtig festzuhalten, daß Beneš selbst erklärt, dies erst bei Kriegsende erfahren zu haben ²¹.

Beneš schlug im Exil einen Weg ein, der der modernen Auffassung durchaus entspricht, den Nationalstaat um jeden Preis zu sichern. Gerade die tschechische Entwicklung muß Zweifel an der Richtigkeit einer solchen Prioritätsetzung aufkommen lassen. Es scheint, daß die Betonung des Nationalstaatsgedankens geradezu logisch zur Totalitarisierung des Staates führte — auch wenn noch andere entscheidende Bedingungen dazukamen. Der Wert der unbedingten Sicherung eines Staates in seinen Grenzen ist angesichts dieser Entwicklung mindestens neu zu überprüfen.

¹⁹ Beneš: Paměti 294—298.

²⁰ Krüger, P.: Die Tschechoslowakei in den Verhandlungen der Alliierten von der Atlantik-Charta bis zur Potsdamer Konferenz. In: Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei. Hrsg. von Karl Bosl. München-Wien 1971, S. 63.

²¹ Beneš: Paměti 375.

Formale Organisation. Die erste Exilregierung ist am 22. Juli 1940 durch den Präsidenten Beneš ernannt worden. „Ich war gezwungen, alleine zu entscheiden, beinahe autoritär, nur nach eigener Meinung und eigenem Urteil“²², beschreibt Beneš das Zustandekommen der Regierung. Diese blieb dann im wesentlichen bis zum Kriegsende unverändert.

Beneš blieb während der ganzen Kriegszeit Präsident; als seine legale siebenjährige Amtszeit 1942 zu Ende ging, wurde sie durch einen unangefochtenen Regierungsbeschluß bis zum Zeitpunkt der ersten möglichen legalen Präsidentenwahl verlängert.

Der Staatsrat sollte die Kontrollfunktion wahrnehmen, wie sie unter normalen Umständen einem gewählten Repräsentationsorgan zukommt. Als Beratungsorgan sollte er vom Präsidenten und von der Regierung beim Entscheidungsprozeß gezogen werden. Die Beschlüsse des Staatsrates hatten jedoch keinerlei bindende Kraft. Der Staatsrat bestand aus jeweils 40 Mitgliedern, die jährlich durch den Präsidenten ernannt wurden.

Die ganze exekutive und legislative Macht blieb bei dem Präsidenten Beneš. „Er fand bei der Realisierung seiner Absichten sicher mehrmals grundsätzliche Ablehnung bei den einzelnen Mitgliedern der Regierung oder des Staatsrates. Aber weil es sich überwiegend um eine Ablehnung einzelner handelte, die gewöhnlich privat geäußert wurde, also nicht um einen Regierungsbeschluß oder den Beschluß einer organisierten Mehrheit im Staatsrat, konnte sich der Präsident — bis auf kleine Ausnahmen — durchsetzen“²³.

Die Gesetzgebung erfolgte nach dem Verfassungsdekret des Präsidenten über die provisorische Ausübung der gesetzgebenden Gewalt vom 15. Oktober 1940. Danach sollten alle während des Krieges erlassenen Gesetze die Form von Dekreten des Staatspräsidenten haben und den Bestimmungen der am 29. September 1938 geltenden Verfassung (es war die Verfassung von 1920, die während der Ersten Republik einige Änderungen erfuhr) und aller Gesetze entsprechen. Nur in Ausnahmefällen konnten vom Präsidenten verfassungsändernde Dekrete ausgegeben werden²⁴.

Die Zusammensetzung der politischen Emigration. Die Exilregierung blieb im wesentlichen bis Kriegsende unverändert. Nach Benešs Interpretation konnten jeweils vier Minister als links- bzw. rechtsorientiert bezeichnet werden, fünf als Vertreter der Mitte²⁵. Fünf von den Exilministern waren im Laufe der Ersten Republik schon einmal Regierungsmitglieder gewesen; acht waren Tschechen und fünf Slowaken. Diese Zahlen dokumentieren Benešs Bemühung, der Forderung der Briten gerecht zu werden, seine Regierung so zusammenzustellen, daß sie alle

²² Ebenda 180.

²³ Firt 234.

²⁴ Slapnicka, H.: Verfassungsprobleme der Tschechoslowakei im Jahre 1945. In: Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei. Hrsg. von Karl Bosl. München-Wien 1971.

²⁵ Beneš: Paměti 165—166.

politischen Richtungen repräsentierte. Daß dies in Wirklichkeit nicht zutraf, geht aus der Untersuchung der einzelnen politischen Kräfte hervor, die im Exil vertreten waren.

Gleich nach den Münchener Ereignissen sind nur wenige Tschechen und Slowaken ins Exil gegangen. Meistens waren es Kommunisten, die nach dem Münchener Abkommen bedroht waren. Außer diesen emigrierten zusammen mit Beneš nur seine engsten Mitarbeiter.

Erst Mitte 1939 wurde der Strom der Emigranten stärker. Offensichtliche Verfolgung hatten außer den Kommunisten die Juden und antifaschistisch gesinnte Deutsche zu erwarten; sie bildeten daher die stärksten Gruppen unter den spontan Flüchtenden.

Die politischen Parteien waren bemüht, eigene Wege und Flüchtlingsapparate zu schaffen. Die der KPTsch waren bei weitem am besten organisiert und wurden auch von zahlreichen nicht-kommunistischen Politikern in Anspruch genommen²⁶. Beneš und seine Mitarbeiter waren bemüht, bedeutenden Politikern sowie Fachleuten aller Richtungen zur Flucht zu verhelfen²⁷.

Im Frühjahr 1939 konstituierte sich in Moskau die Exil-KPTsch. Die Parteimitglieder waren jeweils im Einvernehmen mit ihrer Parteiführung ins Exil und mit genauen Direktiven für die Verlegung ihrer Tätigkeit ins Ausland gegangen. Die KPTsch war die einzige Partei, die ihr Wirkungsfeld organisiert ins Exil übertragen hat.

Von anderen Parteien waren es nur die Sozialdemokraten, von denen eine größere Zahl im Exil lebte, und die versuchten, sich dort auf parteilicher Basis zu organisieren. Daß sich aber zwei sozialdemokratische Richtungen unvereinbar gegenüberstanden, minderte ihre Wirksamkeit.

Die auffallendste Tatsache bei der Betrachtung der Zusammensetzung des politischen Exils ist das Fehlen der Agrarpartei. Der einzige bedeutende Vertreter dieser Partei, Milan Hodža, trat nicht im Namen seiner Partei auf, sondern verstand sich als Repräsentant der slowakischen Nation. Die Gründe für die Abwesenheit der Agrarpartei in London sind in ihrem Entschluß zu suchen, das Geschehene, d. h. den Münchener Vertrag und den Zerfall der ČSR, zu akzeptieren, und zu versuchen, sich mit verschiedenen Mitteln dann doch noch im Lande selbst zu behaupten.

Eine zahlenmäßig starke Gruppe im Exil bildeten die Angehörigen der diplomatischen Vertretungen der ČSR im Ausland. Die ČSR hatte mittels eines gut aufgebauten Apparates auf breiter Ebene diplomatische Beziehungen mit beinahe allen Staaten der Welt gepflegt. Nach dem Münchener Abkommen — jedoch kaum vor März 1939 — begann ein Abbau dieses Apparates. Die politische Richtung des diplomatischen Personals, die dem entscheidenden Einfluß entsprach, den Beneš auf die Außenpolitik hatte, blieb unverändert. Nach der Errichtung des Pro-

²⁶ Laštovička, B.: V Londýně za války. Zápasy o novou ČSR 1939—1945 [In London während des Krieges. Das Ringen um die neue ČSR 1939—1945]. Prag 1960, S. 64—65.

²⁷ Dokumenty z historie československé politiky 1939—1943 [Dokumente aus der Geschichte der tschechoslowakischen Politik 1939—1943]. Bd. 1. Prag 1966, S. 17.

tektorats sollten die diplomatischen Vertretungen samt allen ihren Einrichtungen, Finanzen und Archiven den deutschen Botschaften übergeben werden²⁸. Beneš setzte sich für ihre Erhaltung ein und rechnete mit ihnen als zukünftiger Grundlage für die geplante „Auslandsaktion“. Es blieb jedem einzelnen Missionschef überlassen, über die Zukunft seiner Botschaft zu entscheiden.

Die meisten Botschaften wurden nicht übergeben, und die meisten Diplomaten taten ihre Bereitschaft kund, sich Beneš als Präsidenten und Chef der Exilstaatsorgane unterzuordnen. Nur wenige vertraten die sog. „Botschaftertheorie“. In den Ländern, in denen die Botschaft der ČSR auch weiterhin als solche existieren konnte, leitete diese Theorie für den jeweiligen Botschafter den Anspruch darauf ab, einziger politischer Repräsentant des Staates zu sein. Für alle anderen Personen — von Bedeutung wurde dies in bezug auf Beneš — sollte der Status einer Privatperson gelten.

Trotz dieser Anfangsschwierigkeit ist es Beneš schon bis Mitte 1939 gelungen, in etwa 25 wichtigen Städten auf allen Kontinenten ein Netz von vertrauten Mitarbeitern zu schaffen, die politische, nachrichtendienstliche und propagandistische Aufgaben wahrnehmen konnten.

Eine entscheidende Rolle neben den politischen Anhängern Benešs bei der Konstituierung der Exilpolitik spielten die Repräsentanten der ehemaligen tschechischen Armee im Exil. Beneš beabsichtigte von Anfang an die Bildung einer Exilarmee. Von denjenigen, die zur Emigration direkt aufgefordert wurden, waren die meisten Armeeangehörige, vor allem höhere Offiziere, besonders der Luftwaffe und des Nachrichtendienstes.

Sämtliche Offiziere stellten sich sofort mit Einverständnis der im Protektorat zurückgebliebenen und illegal organisierten Armeeteile unter Benešs Führung und betrachteten ihn als den alleinigen und obersten Befehlshaber. So setzten sie sich zugleich für die Forderung einer ununterbrochenen Präsidenschaft Benešs ein.

Außer der Armee stand der planmäßig ins Exil überführte ehemalige tschechoslowakische Nachrichtendienst hinter Beneš. Dieser — schon immer sehr gut organisiert — verschaffte Beneš einen Vorteil nicht nur gegenüber seinen innenpolitischen Gegnern und bis 1942 auch gegenüber seinen Mitarbeitern, sondern konnte von ihm auch den Großmächten als Gegendienst angeboten werden, indem Beneš oft wertvolle Informationen an sie vermittelte.

Der Nachrichtendienst ermöglichte es Beneš auch, rege Kontakte zum illegalen Widerstand in der Heimat zu pflegen. Beneš war genauer über alle wichtigen Dinge im Protektorat informiert als irgendjemand sonst. Er konnte seine Analysen des weltpolitischen Geschehens und seine Konzeption für die momentane Situation und für die Nachkriegszeit verbreiten. So wuchs im Laufe der Zeit dank dieser regelmäßig und häufig gepflegten Kontakte seine Autorität auch im Protektorat.

Von den bedeutendsten politischen Persönlichkeiten der Vorkriegszeit waren

²⁸ Problematisch war das Verhältnis der einzelnen Regierungen zu den Botschaften, die Deutschland nicht übergeben worden waren. In den meisten Ländern wurden die Diplomaten als Privatpersonen betrachtet. In Moskau, Paris, London und Washington blieben die Legationen ein rechtlich voll anerkanntes Amt.

nur wenige an der Londoner Exilpolitik beteiligt. Es gab keinen, der Beneš im Anspruch auf die Führung der Exilpolitik hätte Konkurrenz leisten können.

Msgr. Jan Šrámek, der Führer der Volkspartei, wurde als Neunundsechzigjähriger ausdrücklich von Beneš aufgefordert, ins Exil zu gehen. Als Vertreter der Mitte konnte er einen bedeutenden Beitrag im Kampf um die Anerkennung Benešs sowohl durch die Großmächte als auch innerhalb des tschechischen Exils selbst leisten. Šrámek sollte zu denjenigen gehören, die die nicht-sozialistischen Richtungen in London repräsentierten, wurde aber, wie die anderen auch, als bedingungsloser Anhänger Benešs ausgewählt.

Ein anderer Politiker großen Namens in London war Jan Masaryk, der Sohn des Präsidenten Masaryk. In der angelsächsischen Welt war er als langjähriger Botschafter in London bekannt und persönlich sehr beliebt. Er konnte dem Präsidenten wertvolle Hilfestellung geben, indem er ihm Zugang zu allen bedeutenden politischen Kreisen in England und den USA verschaffte. Masaryks Interessen galten überwiegend der Außenpolitik: in anderen Fragen hatte er volles Vertrauen zum politischen Tun Benešs.

Wie im einheimischen Widerstand so war auch im Exil die Anzahl der beteiligten einflußreichen Politiker der Ersten Republik überraschend klein. Als Erklärung bietet sich das Generationsproblem an: bis 1938 führten den Staat immer noch seine Gründer von 1918. Innerhalb der Parteien hatte sich das Beharren auf den Staatsgründern zuungunsten jüngerer politischer Kräfte ausgewirkt. Sie bekamen kaum die Möglichkeit, sich mit schwierigen politischen Fragen auseinanderzusetzen und Erfahrungen zu sammeln²⁹.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die politische Vertretung der ČSR im Exil keineswegs den Anspruch erheben konnte, ein Abbild der politischen oder sozialen Struktur der tschechoslowakischen Bevölkerung, geschweige denn die demokratisch legitimierte Vertretung des tschechischen und slowakischen Volkes zu sein. Zu den von Anfang an organisierten Kommunisten, zu den gespaltenen Sozialdemokraten, zu den unorganisierten Anhängern Benešs gesellten sich nur Einzelpersonen, die als Vertreter der früheren Mitte oder der rechten Parteien bezeichnet werden können. Die Beschreibung Laušmans „... in der Londoner Emigration waren damals alle ‚links‘, alle waren Sozialisten, zur Rechten wollte sich niemand bekennen“³⁰ scheint zuzutreffen.

Benešs Gegner. Das gemeinsame Ziel aller Gruppen im Exil war das Nichtakzeptieren der Kapitulation und der Wille, die Republik wiederzugewinnen. Trotz der häufigen Kritik der nachgiebigen Politik Benešs im September 1938 glaubten diejenigen, die an der Wiederherstellung der Republik interessiert waren, im Exil keine andere Wahl zu haben, als sich erneut von Beneš führen zu lassen.

Beneš besaß eine konkurrenzlose Qualifikation, außenpolitisch und diplomatisch, die er während seiner zwanzigjährigen Führung der tschechoslowakischen Außenpolitik bewiesen hatte, ferner seine reichen Erfahrungen aus der Zeit des „ersten

²⁹ Für die Analyse dieses Problems siehe Mertl.

³⁰ Laušman, B.: Kdo byl vinen [Wer trug die Schuld]? Wien 1953, S. 33.

Widerstandes“, des politischen und diplomatischen Kampfes Masaryks während des Ersten Weltkrieges um Anerkennung des selbständigen tschechoslowakischen Staates. Es gab nur vereinzelte Stimmen, die sich im Exil gegen den Anspruch Beneš auf Führung der Exilpolitik wandten.

Der Botschafter in Frankreich, Štefan Osuský, lehnte es ab, seine Botschaft den deutschen Ämtern zu übergeben. Nachdem die französische Regierung die Errichtung des Protektorats Böhmen-Mähren nicht anerkannte und die Botschaft der ČSR weiterbestehen konnte, war die Position Osuskýs gesichert. Er stellte sich sofort an die Spitze der sich organisierenden Auslandtschechen, noch vor dem Eintreffen der politischen Emigranten und mit voller Unterstützung der französischen Regierung, die den Agrarier Osuský Beneš vorzog.

Osuský unterhielt, nachdem Beneš im Ausland eingetroffen war, Kontakte mit ihm. Ihre zahlreichen Gespräche brachten aber wenig ein. Osuský forderte ebenfalls die Neuerrichtung der ČSR, er wollte jedoch nicht den Münchener Vertrag und alle späteren Geschehnisse als nicht existent ansehen — vor allem ging es dabei um die Demission Benešs als Präsidenten. Osuský wollte sie gelten lassen, Benešs Präsidentschaft nicht anerkennen und mit Beneš auf der Basis der Koordination, nicht Subordination, zusammenarbeiten³¹.

Strittig zwischen Beneš und Osuský war weiterhin die Frage der künftigen tschecho-slowakischen Beziehungen. Beneš vertrat die These der Einheit des tschechoslowakischen Volkes. Alle Forderungen des Slowaken Osuský betrachtete er als Vorwände für den Machtkampf um die Führung.

Mit der „slowakischen Frage“ war auch die Feindschaft zwischen dem einstigen Ministerpräsidenten und führenden Repräsentanten der Agrarpartei, Milan Hodža, und Beneš verbunden. Hodža verblieb außerhalb der tschechoslowakischen Staatsorganisation in London und organisierte eine oppositionelle Vereinigung, den Slowakischen (später Tschechoslowakischen) Nationalrat, der das Recht für sich in Anspruch nahm, die Slowaken im Exil politisch zu repräsentieren. Hodža gelang es nicht, eine wesentliche Unterstützung für seine Forderung bezüglich der Slowakei sowie für seinen politischen Konservatismus überhaupt zu gewinnen. Der Konflikt zwischen Hodža und Beneš, der sich zu einer persönlichen Auseinandersetzung zuspitzte, war der einzige, der in der internationalen Welt und in den Augen der tschechischen und slowakischen Öffentlichkeit als erwähnenswerter Widerstand gegen Benešs Führungsanspruch erschien³².

Geringere innenpolitische Schwierigkeiten machte Beneš die Aktion des Generals Prchala, der in Polen mit Unterstützung der polnischen, Beneš feindlich gesinnten Regierung politische und diplomatische Aktivitäten gegen Beneš entwickelte. Zu Benešs Gegner ist er 1938 geworden, nachdem er sich für militärischen Widerstand gegen die Nazis eingesetzt hatte. Nach Verlust seiner Basis in Polen übersiedelte er nach London, wo er während des Krieges Benešs Politik unaufhörlich kritisierte. Seine Aktivitäten blieben jedoch wirkungslos.

³¹ Ausführliches Bild dieser Auseinandersetzungen siehe: Dokumenty z historie.

³² Křen, J.: Hodža — slovenská otázka v zahraničním odboji. [Hodža — die slowakische Frage im externen Widerstandskampf]. ČČH 16 (1968) 193—214.

Politische Parteien. Beneš hat schon während seines Aufenthalts in den USA seine Mitarbeiter dazu angehalten, die Widerstandsaktion nicht auf der Grundlage der politischen Parteien der Ersten Republik aufzubauen, da die Zusammensetzung des politischen Exils nicht dem Verhältnis der früheren Parteien entspräche. Dazu sagt Firt in seiner Analyse von Benešs Führungsstil: „Beneš war zweifellos durch seinen Komplex beeinflusst, den er ins Exil mitgebracht hatte: während der ganzen zwanzig Jahre der Ersten Republik war er nie ein erfolgreicher Innenpolitiker. Er stand entweder im Schatten von stärkeren und erfahreneren Persönlichkeiten (Švehla, Rašín, Bechyně, Šrámek) oder er stützte sich auf weniger starke politische Individualitäten, die aber hinter sich breite Wählermassen hatten. Daher seine Unlust gegenüber den politischen Parteien, einschließlich seiner eigenen“³³.

Die Konzeption der Überparteilichkeit der Exilpolitik wurde von vielen Seiten befürwortet, erwartungsgemäß bei den Armeeingehörigen sowie den früheren Außendienstbeamten. Aber auch die früher parteilich organisierten Politiker standen den politischen Parteien sehr kritisch gegenüber. „Die Vergangenheit wird nicht zurückkehren und niemand Vernünftiger kann ihre Rückkehr wünschen ... Wenn wir gegen die Wiederherstellung der Parteien sprechen, meinen wir die alten Parteien; wir sind überzeugt, daß sie von der Entwicklung überholt worden sind, und daß es dem Volke direkt schaden würde, wenn sie wiederhergestellt würden oder wenn dahin gerichtete Versuche stattfänden ...“³⁴. So unternahmen keine Gruppen, außer der KPTsch und den Sozialdemokraten, den Versuch, sich in London zu organisieren.

Erst nach dem Moskauer Brief Gottwalds vom Dezember 1943, in dem er vorgeschlagen hatte, einen Block der sozialistischen Parteien zu bilden, wurde die Überparteilichkeitskonzeption verworfen.

Im Januar 1944 errichteten diejenigen früheren National-Sozialisten, die sich an der Regierung beteiligt hatten, ein Komitee von sieben Personen, das die National-Sozialistische Partei vertreten sollte. Das unmittelbare Motiv war nicht der Wille, gemeinsam eine bestimmte Konzeption zu vertreten, sondern es war eine Reaktion auf die streng organisierte und geschlossen auftretende KPTsch und auf eine direkte Aufforderung. Dafür, daß diesem Komitee kein positives Programm vorlag, spricht die Aufnahme von fünf anderen Politikern, die verschiedenen früheren rechten Parteien angehörten.

Dieser Schritt löste jedoch bald bei alten Parteimitgliedern Widerstand aus³⁵.

Über eine Gruppe oder Organisation der Volkspartei in London sind keine Informationen zu finden. Allerdings wurde über die Zulassung dieser Partei und die ihr zustehende Rolle im politischen System der Nachkriegszeit häufig verhandelt. Erst 1945 wurden in Moskau offiziell als Vertreter der Volkspartei Šrámek und Hála zu den Verhandlungen hinzugezogen.

³³ Firt 227—228.

³⁴ Ripka, zit. nach Feierabend, L.: Prag-London, vice-versa. Erinnerungen. Hrsg. von H. Kühn. Bonn-Bruxelles-New York (Bd. 1) 1971; (Bd. 2) 1973, S. 256.

³⁵ Cesta ke Květnu. Dokumenty o vzniku a vývoji lidové demokracie v Československu do února 1948 [Der Weg zum Mai. Dokumente zur Entstehung und zur Entwicklung der Volksdemokratie in der Tschechoslowakei bis Februar 1948]. Bd. 1 / 1—2. Prag 1965, S. 158.

Die Sozialdemokratische Partei war während des ganzen Krieges innerlich gespalten. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand Rudolf Bechyně, einer der führenden Männer während der Ersten Republik. Er vertrat seine Partei viele Jahre in den Koalitionsausschüssen und in der Regierung. Beneš fand immer Bechyněs Unterstützung. Bei den Linkstehenden seiner Partei und bei den Kommunisten war Bechyně stets unbeliebt. In London wurde er Staatsratsvorsitzender. In dieser Funktion und im Unterschied zu anderen Politikern in London forderte Bechyně von Beneš eine partnerschaftliche Beziehung und lehnte es ab, Benešs Autorität kritiklos anzuerkennen. Dies führte zu Auseinandersetzungen zwischen ihm und Beneš und den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern, die Beneš unterstützten. Bechyně erhielt jedoch Unterstützung von den Kommunisten und den mit ihnen sympathisierenden Sozialdemokraten, und es bildete sich um ihn eine gegen Beneš opponierende Gruppe. Da Beneš bemüht war, niemanden zu verlieren, blieben beide Flügel bestehen, ohne daß ihr Konflikt hätte ausgetragen werden können. Mit jeder neuen Frage vertiefte sich die Kluft zwischen ihnen, was die sozialdemokratische Wirkung nach außen mindern mußte.

Als einziger Sozialdemokrat hat Zdeněk Fierlinger eine Schlüsselrolle im Exil spielen können. Fierlinger pflegte enge Beziehungen zur KPTsch und unterstützte Bechyněs Opposition gegen Beneš. Er war aber auch seit vielen Jahren mit Beneš eng befreundet, nicht zuletzt dank langer familiärer Nachbarschaft. Beneš hatte offensichtlich nicht nur Vertrauen zu ihm, sondern auch ein starkes Wohlgefallen an ihm.

Als diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen wurden, war Fierlinger Benešs Kandidat für den Botschaftersessel. Dagegen erhob sich Widerstand nicht nur der ganzen Regierung, sondern auch aller engeren Berater des Präsidenten. Beneš setzte sich mit dem Argument durch, daß eine Kontinuität der Republik demonstriert werde, wenn der Vorkriegsbotschafter Fierlinger seine Funktion weiterhin wahrnehme. So wurde ein Vertreter des linken Flügels der Sozialdemokratie Botschafter in Moskau gegen den Willen der Minister seiner Partei.

Die Loyalität Fierlingers in dieser Phase wird auch von seinen Gegnern nicht angezweifelt. In Moskau änderte sich aber sein Verhalten. Bald kamen Nachrichten über Fierlingers kommunistische Infiltration der Armee, seine Versuche, den General Svoboda zu korrumpieren, die wirtschaftlichen Interessen der ČSR denjenigen der Sowjetunion völlig unterzuordnen³⁶. In den Jahren 1942—1943 versuchte die Regierung, Beneš zur Abberufung Fierlingers aus Moskau zu bewegen. Er tat es nicht, in der Befürchtung, daß die sowjetische Regierung dies als unfreundliche Handlung auffassen würde. So etwas wagte Beneš entsprechend seiner Konzeption, die der außenpolitischen Sicherung des Nachkriegsstaates Vorrang gegenüber allen anderen Problemen gab, nicht.

Die Gruppe der Kommunisten in London bot Beneš ihre Zusammenarbeit sofort nach seiner Ankunft aus den USA an. Die kritische Zurückhaltung gegenüber seiner

³⁶ Kennan, G. F.: *Memoirs 1925—1950*. Boston-Toronto 1967, S. 254 (Hinweis übernommen von Firt).

Politik nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrags überraschte Beneš nicht. Es scheint, daß Beneš über Vorgänge und Strategien in der Sowjetunion und daher auch der KPTsch stets gut unterrichtet war. Jedenfalls hatte er mit der Teilnahme der UdSSR am Krieg auf der Seite der Westmächte gerechnet. Die Zusammenarbeit mit den Kommunisten erwartete er erst nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Krieg.

Tatsächlich wurden im Herbst 1941 im Rahmen der Rekonstruktion des Staatsrates vier kommunistische Vertreter zu seinen Mitgliedern ernannt. Die ihr angebotene Teilnahme an der Exilregierung wurde von der KPTsch nach wie vor abgelehnt. Die Aktivität der kommunistischen Staatsratsmitglieder war bis 1943 nicht stark, sie glich einer stillen Demonstration des gemeinsamen Kampfwillens.

Das Exilregime und die KPTsch

Moskauer Verhandlungen vom Dezember 1943. Über die Beziehungen zwischen der Londoner Regierung und Moskau vor 1943 läßt sich im Rahmen dieser Arbeit wenig sagen. Nur im Zusammenhang mit den tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen herrscht Übereinstimmung darüber, daß Verhandlungen um eine Konföderation am Widerstand der Sowjetunion gescheitert sind.

Beneš erwähnt in seinen Erinnerungen den Wunsch, die Beziehungen zur UdSSR gleich nach ihrer diplomatischen Anknüpfung vertraglich ausgestaltet zu sehen. Motiviert war der Wunsch durch weltpolitische Überlegungen. Beneš sah in einem Vertrag zwischen den beiden Ländern eine einmalige Gelegenheit, den deutschen Drang nach Osten zu stoppen. Außerdem äußert er aber auch die Überzeugung, daß „die Weltkatastrophe nur durch eine feste und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen den anglosächsischen Ländern und der Sowjetunion abgewandt werden kann“³⁷. Die besonderen tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen sollen dann nur als ein Teil einer solchen Annäherung gesehen werden.

An die Öffentlichkeit trat Beneš mit dem Gedanken des Vertrags im Jahre 1942.

Daß Beneš bei seinen einseitig auf die territoriale Integrität der ČSR gerichteten Bemühungen in Gefahr stand, das Gleichgewicht zu verlieren und zu stark auf die sowjetische Seite zu geraten, argwöhnte man im „Department of State“. Dort herrschte der Eindruck, daß die ČSR enger mit der Sowjetunion zusammenarbeite und ihr tiefer verpflichtet sei als man wisse und als es die übrigen Alliierten wissen dürften³⁸.

Während seiner Reise in die USA im Frühjahr 1943 versuchte Beneš, alle Befürchtungen bezüglich eines tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrags auszuräumen, und in Gesprächen mit Roosevelt gewann er dessen Einverständnis zu der geplanten Vertragsregelung. In Großbritannien stieß Beneš auf heftigeren Widerstand, der sich jedoch spätestens während der Teheraner Konferenz wieder legte.

Über das Verhalten der sowjetischen Regierung bezüglich des geplanten Vertrags kann nur wenig gesagt werden. In der kommunistischen Literatur erscheint

³⁷ Beneš: Paměti 357.

³⁸ Siehe Hinweise bei Krüger 54.

das Interesse der UdSSR an dem Vertrag wesentlich größer als in nicht-kommunistischen Quellen, die den einheitlichen Willen aller tschechischen Politiker zu einer solchen Vertragsregelung betonen.

Im Dezember 1943 war schließlich der Weg zu einem tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrag geebnet, die Verhandlungen über seinen Inhalt waren abgeschlossen, so daß der Vertrag während Benešs Reise in die UdSSR unterschrieben werden konnte.

Von größerer direkter Bedeutung für die innenpolitische Entwicklung der ČSR als der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag selbst scheinen die Gespräche zwischen Beneš und der Moskauer Führung der KPTsch gewesen zu sein. Von den Gesprächen gibt es kein Dokument außer dem offenen Brief Gottwalds an die Londoner Kommunisten, den Beneš nach London mitbrachte.

„Nach London kehrte Beneš am 6. Januar 1944 zurück, nach außenhin als ein sehr selbstbewußter Sieger. Kaum jemand, und ganz sicher nicht er, ahnte, daß der Moskauer Sieg ein Pyrrhus-Sieg war³⁹.“ Dafür, daß Beneš seine Gespräche mit der KPTsch-Führung keineswegs unter Druck, sondern aus eigener Initiative führte, spricht folgendes: die Vorträge, die Beneš 1938—1939 in den USA hielt, hatten die Krise der europäischen Demokratie zum zentralen Thema. Aus der Kritik an den bisherigen parlamentarischen Demokratien leitete er die Notwendigkeit grundlegender Reformen ab. Beneš glaubte, daß ein Sozialisierungsprozeß die Hauptentwicklungstendenz der westlichen Demokratien sein müsse, um gewaltsame Revolutionen zu vermeiden. Darunter verstand er etwa Begrenzungen der Eigentumsrechte, wissenschaftlich gesicherte Wirtschaftsplanung, Rationalisierung der politischen Struktur durch Einschränkung des Pluralismus — alles selbstverständlich unter voller Aufrechterhaltung der demokratischen Freiheiten. Die gegenwärtige Demokratie und die Anschauungen des sowjetischen Sozialismus, nicht des theoretischen Kommunismus, sah Beneš als vereinbar an, ja, diese Vereinbarung erschien ihm lebensnotwendig für beide⁴⁰. Mit diesem Reformwillen hinsichtlich der Nachkriegs-Tschechoslowakei war sein Entschluß verbunden, sich außenpolitisch an die UdSSR anzulehnen. Hinzu kam sein Glaube an die Demokratietreue der tschechischen Kommunisten. Auf dieser Basis führte Beneš Verhandlungen mit der KPTsch in Moskau.

Beneš beschreibt die Atmosphäre der Gespräche in seinem 1947 in der ČSR veröffentlichten Buch als „sehr freundschaftlich“⁴¹. Dagegen führt Firt den Bericht eines hohen Beamten des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes an, in dem einige grobe persönliche Angriffe der Kommunisten auf Beneš erwähnt werden. Der Charakter der Verhandlungen wird als dramatisch dargestellt und das Auftreten der KPTsch als selbstbewußt bezeichnet⁴². Von Firt selbst als genaue Quelle anerkannt, erlaubt die veröffentlichte Auswahl der Dokumente den Eindruck, daß die Kommunisten selbstbewußt aufgetreten sind, daß aber Beneš unbeschränkt

³⁹ Firt 247.

⁴⁰ Vergleiche Beneš, E.: *Demokracie dnes a zítra* [Demokratie heute und morgen]. London 1944.

⁴¹ Beneš: *Paměti* 406.

⁴² Firt 246.

Gelegenheit hatte, seine Vorstellungen vorzutragen; eine Gelegenheit, die er bei seiner vagen und bemüht unverbindlichen Ausdrucksweise nicht zu nutzen vermochte. Den konkret ausgearbeiteten Vorschlägen der KPTsch konnte Beneš nur grundsätzliche Ansichten entgegenstellen. Dadurch geriet er in die Position, einzelne Forderungen Gottwalds entweder prinzipiell zu verneinen oder einer sehr allgemeinen Kritik unterziehen zu können.

Bezüglich der machtpolitischen Struktur des Nachkriegsstaates waren sich beide Seiten einig, daß Kern und führende Kraft der neuen Regierung die zwei sozialistischen Parteien und die KPTsch sein sollten. Als dann die KPTsch den Anspruch auf die Führung innerhalb dieses sozialistischen Blocks anmeldete, wurde sie ihr durch Beneš zugesprochen, indem „es wahrscheinlich ist, daß die Kommunisten die stärkste Partei sein werden“⁴³. Als die KPTsch eine Zusage u. a. für das Innenministerium forderte, lehnte Beneš die Forderung nicht grundsätzlich ab, nur zum damaligen Zeitpunkt.

Darüber, daß neben dem Block der drei sozialistischen Parteien in der Regierung noch andere Richtungen vertreten sein sollten, die Mitte sowie die Konservativen, darüber wurde nicht viel diskutiert. Nach den kommunistischen Quellen wünschte es Beneš zwar, verhielt sich jedoch in allen Fragen, welche die künftigen politischen Parteien, die Massenorganisationen und die Gewerkschaften betrafen, äußerst zurückhaltend. Möglicherweise war keine Annäherung der Standpunkte zu erreichen, weshalb eine Information darüber unterdrückt wurde. Es kann aber auch sein, daß Beneš die Lösung dieser Frage tatsächlich erst der Nachkriegszeit überlassen wollte, um Konflikte zu vermeiden. Aus den vorhandenen Informationen ist die Frage jedenfalls nicht zu entscheiden.

Soweit es um die wirtschaftliche Entwicklung ging, beinhalteten die kommunistischen Vorschläge nur die Konfiskation des Vermögens aller „Verräter“ und seine Unterstellung unter nationale Verwaltung, wobei endgültige Entscheidungen erst durch die Nationalversammlung getroffen werden sollten. Weiterhin forderten sie unbedingte Zurückgabe jedes während der Okkupation verlorenen Eigentums, über Verstaatlichungen wurde nicht gesprochen. Beneš war mit den kommunistischen Vorschlägen einverstanden, wobei er betonte, daß seine Pläne noch weiter gehen würden. Was das Schicksal der deutschen Bevölkerung in den böhmischen Ländern betrifft, so stellte Beneš als Ziel die Schaffung eines slawischen Nationalstaates durch Ausweisung der deutschen Bevölkerung dar. Die KPTsch bestätigte dieses Ziel, schlug jedoch eine andere Formulierung vor, daß nämlich nur die Deutschen, die sich gegen die ČSR schuldig gemacht hatten, ausgewiesen werden sollten.

Eine Reihe weiterer Fragen wurde erörtert, hauptsächlich bezüglich der Politik der Exilregierung für die Zeit des Krieges, und im wesentlichen gelang es der KPTsch, alle ihre Vorstellungen durchzusetzen.

Der sozialistische Block. Nach Beneš Rückkehr aus Moskau vollzogen sich in den Londoner Staatsorganen wesentliche Veränderungen. Die Überparteilichkeit

⁴³ Laštovička 318.

der Exilpolitik fand ihr endgültiges Ende, als sich beim Staatsrat offiziell einzelne Parteifraktionen konstituierten. Auf Initiative der KPTsch entstand ein neues Organ von außerordentlicher Bedeutung: ein Block der drei sozialistischen Parteien, der am 4. März 1944 zum erstenmal zusammentrat und bis 1948 eine wichtige außerkonstitutionelle Plattform für politische Auseinandersetzungen bildete.

Der „Nationale Block des werktätigen Volkes in den Städten und im Lande“, wie die offizielle Bezeichnung lautete, oft „Sozialistischer Block“ genannt, bestand aus je vier Vertretern der Sozialdemokratischen, National-Sozialistischen und der Kommunistischen Partei.

Zum Block-Programm wurde der Entwurf der KPTsch erhoben, der als Paraphrase des offenen Briefs Gottwalds vom Dezember 1943 bezeichnet werden kann. Im Block wurden alle Themen vor der Behandlung in der Regierung diskutiert, und die Mitglieder des Blocks hatten in der Regierung den Beschlüssen im Block entsprechend vorzugehen.

Erinnert man sich an die Zusammensetzung der politischen Emigration in London und an die Tatsache, daß es innerhalb der Staatsorgane keine nennenswerte Opposition gegen Beneš und die beiden sozialistischen Parteien gab, so wird deutlich, daß der Sozialistische Block zum Mittelpunkt der Londoner Politik geworden ist. Und da die KPTsch — im Unterschied zur Regierung — im Block vertreten war, ist der Block in den entscheidenden letzten Kriegsjahren auch zur wichtigsten Plattform für die Auseinandersetzungen zwischen der nicht-kommunistischen Politik und der der KPTsch geworden.

Leider wird dieses Thema in der nicht-kommunistischen Literatur kaum behandelt. Die Dokumentation wurde nach dem Kriegsende nach Prag gebracht. Daher können nur die in Prag veröffentlichten Dokumente sowie die dortige Darstellung als Quellen benützt werden.

Aus den Äußerungen der am Block beteiligten Politiker geht hervor, daß sie zum Teil andere Vorstellungen über die Funktion und Methoden des Blocks als die KPTsch hatten, daß sie aber grundsätzlich mit seiner Existenz einverstanden waren. Die Tradition der „Koalitionsausschüsse“ der Ersten Republik macht gegenwärtig, daß der Block ebenfalls zunächst als nichts anderes als ein gemeinsames Organ der regierungstragenden Parteien außerhalb der Regierung und des Parlaments hätte angesehen werden können.

Aus den vorhandenen Informationen über die Verhandlungen im Block gewinnt man den Eindruck, daß im allgemeinen sehr lebhaft bis hart verhandelt wurde. Es geschah immer auf der Grundlage der kommunistischen Vorlage. Der Widerstand, den die Nicht-Kommunisten der KPTsch entgegensetzten, kann als inkonsequent und schwach bezeichnet werden. Das mag unter anderem daran liegen, daß die nicht-kommunistischen Politiker mit den laufenden Regierungsgeschäften beschäftigt waren, während die KPTsch ihre Tätigkeit nur der Nachkriegszeit zuwandte und daher jeweils präzise ausgearbeitete Entwürfe zur Hand hatte.

Für die Zeit der Konstituierung des Blocks fällt eine Tatsache auf, die aus den Rundfunkreden des führenden national-sozialistischen Politikers Stránský hervorgeht: die Tendenz der Londoner Rundfunksendungen für die Tschechen und Slowaken hatte sich grundlegend geändert. Wenn bisher die demokratische Tradition

der Ersten Republik die leitende Idee war, wofür man in der Kriegszeit zu kämpfen hatte, so wurden plötzlich die Kommunisten, die Freundschaft mit der Sowjetunion, bevorstehende Sozialisierung, Reformen, die Nationale Front zu den neuen, immer wiederkehrenden Themen ⁴⁴.

Ab Mitte 1944 entwickelten die Londoner Staatsorgane eine rege gesetzgeberische Tätigkeit. In Form von Dekreten des Präsidenten, die von der Regierung mitgezeichnet waren, wurden die für die politische Entwicklung der Nachkriegsrepublik bestimmenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Die wichtigsten waren unter anderem das Dekret über die Nationalausschüsse und ihre Kompetenz, das Dekret über die Wahlen für die Provisorische Nationalversammlung, das Dekret über die Konfiskation deutschen und ungarischen Vermögens, das Dekret über die Landreform, das Dekret über die erste Regierung im befreiten Lande sowie das Dekret über die weitere provisorische Gesetzgebung. Der Vergleich der endgültigen Texte der Dekrete mit den entsprechenden Entwürfen der KPTsch weist keine wesentlichen Unterschiede auf.

Moskauer Verhandlungen 1945. Am 9. Januar 1945 wurde der Londoner Exilregierung die Einladung der Sowjetunion übermittelt, in die befreiten Gebiete der Tschechoslowakei zu übersiedeln. Es herrschte keine Einigkeit darüber, ob die Londoner Regierung zurückkehren und erst später zugunsten der ersten einheimischen Regierung demissionieren sollte, oder ob die neue Regierung noch vor der Rückkehr ernannt werden sollte, wie es die KPTsch wünschte. Am 22. Januar 1944 begann Beneš die Verhandlungen mit der KPTsch über die neue Regierung, in der auch sie vertreten sein sollte. Gottwalds Vorschlag entsprechend wurde beschlossen, daß die einzelnen Parteien ihre Vertreter nach Moskau entsenden sollten, wo über die neue Regierung verhandelt würde, die dann als erste einheimische Regierung in das befreite Land zurückkehren sollte.

Nach Moskau hätte jede Partei zwei Vertreter zu schicken. An Beneš traten Mitglieder von Vorkriegsparteien heran, die in London nicht organisiert waren, um zu den Verhandlungen zugezogen zu werden. Dagegen wandten sich Nosek (KPTsch), Bečko (Soz.dem.) und Stránský (ČSNS) an Beneš mit der Erklärung, daß „die sozialistischen Parteien es ablehnen, hier im Ausland mit einer Gruppe zu verhandeln, die aus Vertretern der ehemaligen Agrarpartei besteht ... die Agrarpartei schloß sich durch ihre Beteiligung am politischen Zerfall der Republik aus der politischen Nationalen Front aus, und daher sind die sozialistischen Parteien nur mit solchen Vertretern der Landwirtschaft bereit zu sprechen, die sich von dieser Partei lossagten und ihre Tätigkeit verurteilten“ ⁴⁵.

Zwischen dem 22. März und dem 29. März 1945 fanden die Moskauer Verhandlungen über die erste Regierung des befreiten Landes und über ihr Regierungsprogramm statt.

Schon während der Vorgespräche wurden einige Entscheidungen getroffen. Die Slowaken, die aus London angereist waren, wurden von den Verhandlungen aus-

⁴⁴ Stránský, J.: Hovory k domovu [Reden für die Heimat]. Prag 1945. Diese Sammlung der Rundfunkreden ist ein markantes Beispiel für die vorgeschlagene These.

⁴⁵ Laštovička 483.

geschlossen. Die KPTsch konnte sich mit ihrer Ansicht durchsetzen, daß nur der während des slowakischen Aufstandes entstandene Slowakische Nationalrat die Slowakei repräsentieren könne, wodurch zwei erfahrene nicht-kommunistische Politiker ausgeschaltet wurden.

Protokollarisch wurden die Verhandlungen als Sitzung des Sozialistischen Blocks unter Zuziehung der Volkspartei bezeichnet. Grundlage der Verhandlungen war der Vorschlag der KPTsch. Die KPTsch konnte sich hier in den organisatorischen sowie inhaltlichen Fragen eindeutig als führende politische Kraft behaupten. Dazu ein führender Nationalsozialist: „... für uns ist es nicht neu, daß wir auf der Grundlage der Konzepte der KPTsch verhandeln. Wir sind daran aus London gewöhnt, auf der Grundlage der Vorschläge der kommunistischen Partei zu arbeiten. Seit der Zeit, als in unserer Emigration das innenpolitische Leben angefangen hat, war es und ist es natürlich ⁴⁶.“

In der Diskussion über die meisten Kapitel des vorgeschlagenen Regierungsprogramms ging es um Formulierungs-, nicht um grundsätzliche Änderungen. Die nicht-kommunistischen Vertreter brachten keine Vorschläge mit, sie trafen auch keine Vereinbarungen untereinander ⁴⁷. Sie sind davon ausgegangen, daß den Westmächten daran liege, auf jeden Fall eine Einigung zwischen ihnen und den Kommunisten zu erzielen, und daß keine Möglichkeit bestehe, ohne die KPTsch die ČSR wiederaufzurichten. Als stetige Bedrohung wirkte Polen und sein Lubliner Komitee.

Die Nicht-Kommunisten verließen sich auf die Hoffnung, daß die Wähler die notwendigen Korrekturen selber durchsetzen würden.

Doch änderte sich jetzt die kommunistische Tonart. Die Kommunisten trugen ihre radikaleren Forderungen verglichen mit den bisherigen Verhandlungen mit offensiverer Taktik vor.

Ihre Sprache war nicht mehr entsprechend der früheren parlamentarischen Verhaltensweise sachlich, sondern stark emotional gefärbt. So wurde etwa die Erste Republik pauschal verworfen, die zu Bestrafenden wurden nicht mehr nur „Kollaborateure“ genannt, sondern „Verräter, Faschisten und andere Feinde des Volkes“. Die KPTsch trat selbstbewußt auf, mit der stetigen Behauptung, auch allein entscheiden zu können.

Die Forderungen der KPTsch gingen nur in Ausnahmefällen über das hinaus, was später in das Regierungsprogramm aufgenommen wurde, so etwa die direkte Forderung nach Verstaatlichung bestimmter Wirtschaftszweige.

Das Kaschauer Regierungsprogramm und die Zusammensetzung der ersten einheimischen Regierung sind das Ergebnis dieser Verhandlungen.

Formale Neukonstituierung des politischen Systems 1945

Rechtsgrundlagen. Laut Regierungsbeschluß vom 27. Juli 1945 traten rückwirkend vom 5. April 1945 die Verfassung von 1920 sowie die übrigen bis zum 29. September 1938 erlassenen Gesetze wieder in Kraft. Die gesetzgeberischen Maß-

⁴⁶ Cesta ke Květnu 389.

⁴⁷ Firt 251.

nahmen entsprachen diesen Bestimmungen schon allein insofern nicht, als die Gesetzgebungsorgane, vor allem aber das Parlament, fehlten⁴⁸.

Bis zum 28. Oktober 1945 übte der Präsident auf Vorschlag der Regierung in Form von Dekreten die gesetzgebende Gewalt aus. Diese Gewalt des Präsidenten ging auf die Dekretalgesetzgebung der Exilzeit zurück, deren Geltung bis zur Konstituierung einer gesetzgebenden Körperschaft verlängert wurde. Am 28. Oktober 1945 trat die Provisorische Nationalversammlung zusammen und billigte nachträglich alle Dekrete. Bis zu diesem Zeitpunkt waren insgesamt sechs Verfassungsdekrete und 98 andere Dekrete erlassen worden, davon mehr als die Hälfte allein im Oktober 1945 (am 27. Oktober waren es 22 Dekrete), unter ihnen die vier Nationalisierungsdekrete.

Mit ihrem ersten Beschluß bestätigte die Provisorische Nationalversammlung die Kontinuität der Funktion des Staatspräsidenten. Beneš verblieb in seinem Amt bis zur ordentlichen Präsidentenwahl.

Die Provisorische Nationalversammlung beruhte selbst auf der Dekretalgesetzgebung und unterschied sich in mehrfacher Hinsicht von der Nationalversammlung, wie sie die Verfassungsurkunde vorsah. Unter anderem ist sie nicht aus direkter Wahl hervorgegangen, und das Wahlalter ist von 21 auf 18 bzw. von 30 auf 21 Jahre herabgesetzt worden.

Durch ihr erstes sog. „Kaschauer Regierungsprogramm“ entwickelte die Regierung eine Konzeption, die eine ganze Reihe von Bereichen grundsätzlich anders ordnete als vor dem Kriege. Tatsächlich wurden in den nächsten Wochen und Monaten ohne jede gesetzliche oder verfassungsrechtliche Grundlage Neuerungen eingeführt, um erst nachträglich sanktioniert zu werden. Dies verletzte offensichtlich den Grundsatz der Rechtskontinuität. Die KPTsch vertrat die Meinung, daß die CSR zwar nicht aufhörte, rechtlich zu existieren, daß die Nachkriegsrepublik aber keineswegs eine bloße Fortsetzung der Ersten Republik sei. Jedoch auch Beneš schien seine Kontinuitätstheorie von Anfang an eher nach außen hin konzipiert zu haben, während er mit wesentlichen Veränderungen der innerstaatlichen Verhältnisse rechnete⁴⁹.

Durch die Abtretung der östlichen Gebiete an die Sowjetunion, die zwischen beiden Regierungen am 29. Juni 1945 in Moskau vereinbart wurde, und durch kleinere Grenzkorrekturen gegenüber Polen und Ungarn veränderte sich das Staatsgebiet. Von größerer Bedeutung waren die Änderungen hinsichtlich des Staatsvolkes. Den meisten Staatsbürgern deutscher und ungarischer Nationalität wurde die Staatsangehörigkeit aberkannt und ihr Vermögen wurde entschädigungslos konfisziert. Noch folgenreicher für die künftige politische Entwicklung des Landes erscheinen die Änderungen der innerstaatlichen Ordnung.

Wenn Beneš von einer neuen „Sozialisierenden Demokratie“ sprach und wenn die KPTsch die erreichte „Volksdemokratie“ hochjubelte, dann mochten sich beide Unterschiedliches vorgestellt haben. Und doch sind diejenigen Gebiete klar abzu-

⁴⁸ Dieser Abschnitt stützt sich auf Slapnicka und Peška, Z.: Dokumenty k ústavním dějinám československým 1938–1946 [Dokumente zur tschechoslowakischen Verfassungsgeschichte 1938–1946]. Prag 1947.

⁴⁹ Feierabend 108.

grenzen, in denen man sich beiderseits prinzipiell im neuen Demokratieverständnis einig war: Es war die grundlegende Veränderung der Wirtschafts- und damit Gesellschaftsstruktur des Landes durch die umfangreichen Vermögenskonfiskationen und die Verstaatlichungen des Bergbaus, der Schwerindustrie, des Außen- und Großhandels, der Banken und Versicherungsanstalten. Es waren die zahlreichen Eingriffe in die Grundrechte der Staatsbürger, insbesondere die mit den nachhaltigsten Wirkungen, die Einschränkung der Vereins- und Koalitionsfreiheit.

Hinzu kamen die grundlegenden Eingriffe in die Bevölkerungsstruktur durch die Ausweisung der deutschen und ungarischen Bevölkerung und Neubesiedlung der Grenzgebiete sowie ein völlig neuer Aufbau der öffentlichen Verwaltung. Der These der Rechtskontinuität wurde auch die materielle Grundlage voll entzogen.

Kaschauer Regierungsprogramm. Nach ihrer Ankunft in der Tschechoslowakei am 5. April 1945 stellte sich die tags zuvor offiziell ernannte Regierung dem Volke durch ihr Kaschauer Regierungsprogramm vor.

Dieses Programm wird von der KPTsch als Grundlegung für die sozialistische Entwicklung in der ČSR gefeiert; von nicht-kommunistischen Autoren wird ihm eine nicht mindere Bedeutung zugesprochen, wenn es etwa bei Hoensch heißt: „... verstand es die KPTsch, im ‚Kaschauer Programm‘ die Grundlagen für ihre spätere Alleinherrschaft zu legen“⁵⁰.

In Wirklichkeit läßt die Lektüre dieses Programms manches bloß vermuten, nur wenige konkrete Festlegungen bezüglich der weiteren Entwicklung gehen klar daraus hervor. Besonders über die parlamentarische Zukunft des Landes kann nur wenig herausgelesen werden. Angesichts der Tatsache, daß vor der neuen Verfassung das Regierungsprogramm im Staate ohne organisierte politische Opposition die einzige vorhandene politische Konzeption darstellte, ist es verwunderlich, wie vage seine Formulierungen waren. Diese mangelnde Bestimmtheit und die spätere häufige Abkehr der Regierungspolitik vom Programm zwingt zu einer Abwertung der ihm üblicherweise zugesprochenen Bedeutung. Sein Inhalt soll daher nur unter dem Gesichtspunkt dargestellt werden, der Schlüsse auf Kompromisse zwischen der KPTsch und den nicht-kommunistischen Parteien zuläßt⁵¹.

Ein großer Teil des Regierungsprogramms behandelt die Übergangszeit. Abgesehen von den allgemein erwarteten Maßnahmen zu Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung kamen die kommunistischen Wünsche einseitig zum Ausdruck. Nicht die sofortige Vorbereitung allgemeiner Wahlen zwecks Legitimierung der politischen Führung zum frühestmöglichen Zeitpunkt war beabsichtigt, sondern eine aus den Nationalausschüssen hervorgegangene Provisorische Nationalversammlung sollte die erste Nach-

⁵⁰ Hoensch, J.K.: Geschichte der Tschechoslowakischen Republik, 1918 bis 1965. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966, S. 129.

⁵¹ Die folgenden Zitate wurden der tschechischen Ausgabe entnommen: Program československé národní fronty Čechů a Slováků, přijatý na prvé schůzi vlády dne 5. dubna 1945 v Košicích [Programm der tschechoslowakischen Regierung der nationalen Front, genehmigt in der ersten Regierungssitzung am 5. April 1945 in Košice]. Prag 1945.

kriegsregierung kontrollieren. Diese Bestimmung wurde nachträglich von Beneš Kreisen als „politische Notwendigkeit“ bezeichnet.

Ein langes Kapitel wird dem Aufbau und der Funktion der Nachkriegsarmee gewidmet. Die in der Sowjetunion aufgestellten Einheiten bildeten die Grundlage für diese Armee, die aus dem Westen zurückgekehrten Armeeteile werden gar nicht erwähnt. Die Organisation der Armee sollte nach dem Vorbild der Roten Armee erfolgen, sie sollte ihre politische Neutralität verlieren, es sollten Berater aus der UdSSR berufen werden.

Da aber die Armee bis 1948 nicht direkt in das politische Geschehen eingegriffen hat, gewann diese eindeutige Konzession der Nicht-Kommunisten nicht an unmittelbarer Bedeutung, verrät aber das Übergewicht der KPTsch an der Entstehung des Regierungsprogramms deutlich.

Die Vorschläge für die Bestrafung der Kollaborateure sowie für die Lösung des Problems der deutschen und ungarischen Minderheiten sind so in das Regierungsprogramm aufgenommen worden, wie sie schon lange vor dem Kriegsende zwischen Beneš und der KPTsch besprochen worden waren. Auffallend ist die mangelnde Exaktheit der Vorschläge für die Durchführung der vorbestimmten Maßnahmen. Formulierungen wie „Verbrechen an der Nation“ oder „Das Volk soll über Schuld entscheiden“ blieben unpräzisiert und gaben denjenigen, die sie ausnützen wollten, einen großen Spielraum. Es bleibt offen, ob die Nicht-Kommunisten sich mit einer Forderung auf Präzisierung nicht hatten durchsetzen können.

Die Außenpolitik des zukünftigen Staates wird genau beschrieben, indem fünf lange Absätze der künftigen Bindung an die Sowjetunion, Polen, Jugoslawien, Bulgarien, Ungarn und Österreich gewidmet und in einem Absatz die „freundschaftlichen Beziehungen zu den demokratischen westlichen Mächten“ erwähnt werden.

Eine Regierung der breiten „Nationalen Front“, der Tschechen und Slowaken, sollte alle sozialen Schichten und politischen Richtungen, die sich am Widerstand beteiligt hatten, repräsentieren. Als „Nationale Front“ wird hier nicht die Koalition der politischen Parteien verstanden, wie sich das die Nicht-Kommunisten vorstellten, vielmehr wird hier schon im Sinne der KPTsch der Eingliederung der gesellschaftlichen Organisationen Raum gegeben.

Der Vereinheitlichung der Verwaltung diene die Schaffung der Nationalausschüsse. Vor allem die National-Sozialisten setzten dem kommunistischen Vorschlag, Form und Kompetenzen der Nationalausschüsse stark an die russischen Sowjets anzulehnen, Widerstand entgegen. Es gelang ihnen nur, sich in dem einen Punkt durchzusetzen, der festlegte, daß die von der KPTsch geforderte Widerrufbarkeit der Nationalausschüsse nur „bis auf weiteres“ gelten sollte.

Für die politischen Parteien beinhaltete das Regierungsprogramm keinerlei Einschränkungen, bis auf ein Verbot der drei tschechischen Parteien der Vorkriegszeit und der ihnen entsprechenden slowakischen Parteien. Es versprach die Einhaltung aller bürgerlichen Freiheiten, darunter auch der Versammlungsfreiheit. Diese sollte außer für die politischen Parteien auch für die Gewerkschaften gelten.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft wurde nur die Konfiskation des ganzen Vermögens aller auszusiedelnden Deutschen und Ungarn sowie der Tschechen und Slo-

waken, die sich der Kollaboration schuldig gemacht hatten, verordnet. Es sollte unter nationale Verwaltung gestellt werden, bis die rechtmäßige gesetzgebende Nationalversammlung darüber endgültig entschied. Der Grund und Boden sollte sofort verteilt werden. Die Verstaatlichungen, die allgemein erwartet wurden, kamen im Regierungsprogramm nicht eindeutig zur Sprache. Das Finanz- und Kreditwesen, die Schlüsselbetriebe der Industrie, das Versicherungswesen und die Natur- und Energiequellen sollten „unter allgemeine staatliche Leitung und zu Diensten des Wiederaufbaus der nationalen Wirtschaft und der Wiederbelebung der Produktion und des Handels“ gestellt werden.

Weitere wesentliche Bestimmungen für die künftige Entwicklung sind in dem Regierungsprogramm nicht enthalten, es sei denn die ausgedehnt beschriebene „ideologische Revision des Kulturprogramms“. Sie sollte zu einer verstärkten Orientierung am slawischen Kulturgut führen und mit der außenpolitischen Bindung der ČSR an die Sowjetunion in Einklang gebracht werden, unter anderem durch die Einführung von Russisch als erster Fremdsprache an den Schulen.

Kaschauer Abkommen der drei sozialistischen Parteien. Was die politischen Parteien betrifft, waren die Bestimmungen des Kaschauer Abkommens der drei sozialistischen Parteien bedeutender als die des Regierungsprogramms⁵². In Kaschau entstand dieses neue Abkommen über den „Nationalen Block des werktätigen Volkes der Städte und des Landes“ in härteren Verhandlungen; veröffentlicht wurde es erst Mitte Juni — von allen beteiligten Parteien gleichzeitig.

Das Regierungsprogramm bestimmte zwar, daß die neue Regierung eine Regierung der Nationalen Front sein werde, aber erst der Sozialistische Block gewährleistete die Durchführung des Programms, indem er seine Mitgliedsparteien zu dessen Erfüllung verpflichtete. Die politische Aktion und Kontrolle sollte der Block durch die Errichtung von Block-Ausschüssen auf allen Ebenen sichern, in die jede Partei die gleiche Anzahl von Vertretern entsandte. Erst in diesem Abkommen wurde die Übereinstimmung der beteiligten Parteien darüber ausgedrückt, daß alle gesellschaftlichen Organisationen wie die Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugend-, kulturelle und sportliche Vereinigungen einheitlich und unabhängig von Parteien organisiert werden sollten. Solche Forderungen der KPTsch erweckten zunächst Widerstand bei den nicht-kommunistischen Parteien; es gelang ihnen aber nur, sich mit der Forderung durchzusetzen, daß den Organisationen das Recht zur Kritik an der Regierung und der öffentlichen Verwaltung garantiert wurde.

Offensichtlich als Ersatz für die nicht zugelassene Agrarpartei wurde, um den Forderungen vom Lande nach eigener Vertretung nachzukommen, im Block beschlossen, eine einheitliche Bauernorganisation zu gründen, die von den politischen Parteien unabhängig sein müsse, in der aber Angehörige aller Parteien organisiert werden könnten.

Weiter haben sich die Parteien verpflichtet, keine eigenen Jugendorganisationen

⁵² Für die Verhandlungen siehe: Cesta ke Květnu 603—611; für den Text des Abkommens siehe: Cestou k Ůnoru. Dokumenty [Auf dem Weg in den Februar. Dokumente]. Hrsg. und bearb. von Václav Král. Prag 1963.

zu schaffen, sondern nur im Rahmen eines einheitlichen Jugendverbands mitzuarbeiten.

Dieses Abkommen war es, das die entscheidenden Eingriffe in die nach der geltenden Verfassung von 1920 garantierte Vereinigungsfreiheit brachte. Wenn bei der Entstehung des Sozialistischen Blocks in London 1944 noch Parallelen zu den Koalitionsausschüssen der Ersten Republik nahelagen, galt das zwar für die Konstitution des Nachkriegsblocks aller regierenden Parteien ebenfalls; hinzu kam aber diesmal eine Reihe von Bestimmungen, die die Voraussetzungen für eine politische Pluralität völlig untergruben.

Auf die Bedeutung des Sozialistischen Blocks für die machtpolitische Struktur nach 1945 wird später eingegangen.

Das politische System nach 1945

Zusammensetzung der politischen Führung. Die Moskauer Verhandlungen entschieden über die Zusammensetzung der Regierung sowie über das Regierungsprogramm. Das bedeutet, daß es ausschließlich die Exilpolitiker waren, die diese wichtigen Entscheidungen getroffen haben. Von den tschechischen Regierungsmitgliedern waren alle während des Krieges im Exil.

In den letzten Tagen des Krieges wurde der Tschechische Nationalrat als Repräsentant des einheimischen tschechischen Widerstandskampfes durch die Aufnahme neuer Mitglieder erweitert. Er betrachtete sich als das künftige vorläufige Parlament. Am 9. Mai gab der Nationalrat eine Weisung heraus, daß die Nationalausschüsse ihre Macht im Sinne der Verfassung und der Weisung des Nationalrates auszuüben hätten, und erhob den Anspruch, von der Regierung als Repräsentationsorgan zu den Staatsgeschäften zugezogen zu werden.

Zur gleichen Zeit kam es jedoch bereits zu Unstimmigkeiten zwischen dem Nationalrat und der Regierung. Der Nationalrat forderte starke Waffenlieferungen, um in den letzten Kampf eingreifen zu können, während die Exilregierung keine deutschen Repressalien, die zu großen Opfern geführt hätten, durch größere Widerstandsaktionen provozieren wollte.

Im Widerspruch zu den immer wieder bestätigten Versicherungen der Exil- und später der Kaschauer Regierung, daß die Vertreter des Heimatwiderstandes entscheidenden Einfluß in allen politischen Gremien bekommen würden, wurde der Tschechische Nationalrat völlig aus dem politischen Spielfeld ausgeschaltet⁵³.

Brandes⁵⁴ erklärt die Ausschaltung der Vertreter des heimatlichen Widerstandes mit dem Druck der Sowjetunion, die dem Nationalrat übelnahm, daß er den Deutschen ungehinderten Abzug in amerikanische Kriegsgefangenschaft ermöglicht

⁵³ Beispielhaft ist der Fall des Generals K. Kutelvašr: der 50jährige Oberbefehlshaber des Prager Aufstandes wurde schon am 17. 5. 1945 pensioniert. Dies wurde zwar neun Monate später wieder aufgehoben, Kutelvašr jedoch in die Provinz geschickt. Als er sich später bemühte, die leitenden nicht-kommunistischen Politiker auf den kommunistischen Machtmißbrauch aufmerksam zu machen, wurde er von keinem empfangen.

⁵⁴ Brandes, D.: Der tschechische Widerstand in den letzten Kriegsjahren. In: Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei. Hrsg. von Karl Bosl. München-Wien 1971.

und teilweise mit der Wlassow-Armee zusammengearbeitet hatte. Pavlíček dagegen verweist auf die radikalen Forderungen der im Lande lebenden Kommunisten, denen die Exilführung der KPTsch gegenüberstand⁵⁵. Auch die heimatlichen Kräfte der nicht-kommunistischen Parteien waren ihren jeweiligen ideologischen Traditionen enger verbunden als die Exilpolitiker; ähnlich wie die „Heimatkommunisten“ standen auch sie der Aufnahme des im Exil vorprogrammierten politischen Systems reserviert gegenüber. Die Ausschaltung der einheimischen politischen Kräfte aus der politischen Führung des Landes nach 1945 erfolgte durchaus im Interesse der Exilführung aller Parteien und wurde wider Erwarten ohne nennenswerten Widerstand vollzogen.

Neugründung der Parteien. Die Ausschaltung der einheimischen Kräfte zugunsten der Exilpolitiker machte sich auch innerhalb der einzelnen Parteien bemerkbar.

Als das Kriegsende schon abzusehen war, trafen sich Funktionäre der einzelnen Parteien in kleineren Gruppen. Die erste offizielle Parteiversammlung wurde von den National-Sozialisten am 11. Mai 1945 abgehalten. Es wird berichtet, daß das Programm vorher nicht festgelegt war. Zur Überraschung vieler führender Männer wurde Petr Zenkl von einer alten Funktionärin durch Zuruf als Vorsitzender vorgeschlagen und durch die stark emotional reagierenden Anwesenden als neuer Vorsitzender bestätigt, obwohl Zenkl selbst noch nicht aus dem KZ zurückgekehrt war. Offizieller Gründungstag der Nachkriegspartei wurde der 10. August 1945. Bis Ende 1945 konnte sich die Parteispitze, die sich an den Regierungsgeschäften beteiligte, auf Organisationen in 6 919 Gemeinden mit 449 616 Mitgliedern stützen (verglichen mit 11 332 Gemeindeorganisationen der KPTsch in der gleichen Zeit)⁵⁶.

Die vorhandenen Angaben über die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft lassen nur die Aussage zu, daß die Arbeiterschaft einen Anteil von 15–20 % an der Gesamtmitgliedschaft hatte. Beamte, Angestellte und Selbständige bildeten die stärkste Gruppe.

Die Volkspartei hat sich auf ähnliche Weise neu organisiert. Ende 1945 verfügte sie über 6 862 Gemeindeorganisationen mit knapp 400 000 Mitgliedern. Die Landbevölkerung, besonders in Mähren (über 40 %), stellte die stärkste soziale Gruppe der Volkspartei dar. Der Arbeiteranteil wird für kleiner gehalten als der der National-Sozialisten.

Die stärkste Erneuerung erlebte die Sozialdemokratische Partei. Pavlíček beschreibt eine völlig neue Mitgliederstruktur dieser Partei⁵⁷. Die Arbeiterschaft wandte sich den Sozialdemokraten lange nicht im gleichen Maße zu wie vor dem Krieg, während die bürgerlichen und intellektuellen Anteile sich verstärkten.

⁵⁵ Pavlíček, V.: Politické strany po Únoru. Příspěvek k problematice Národní Fronty. Část 1 [Die politischen Parteien nach dem Februar. Ein Beitrag zur Problematik der Nationalen Front. Teil 1]. Prag 1966.

⁵⁶ Alle in diesem Zusammenhang genannten Zahlen sind übernommen von Opat, J.: O novou demokracii [Um eine neue Demokratie]. Prag 1966, S. 75.

⁵⁷ Pavlíček 59.

Innerhalb der Sozialdemokratie standen mehrere starke Flügel nebeneinander: Befürworter des Zusammenschlusses mit der KPTsch, ein Flügel, der Beneš unterstützte, sowie eine Gruppe mit stark sozialistischer Tendenz, die sich indessen nicht von der KPTsch bevormunden lassen wollte.

Für alle drei Parteien kann an dieser Stelle festgestellt werden, daß ihre Mitgliedschaft nach dem Krieg einen starken Zug nach rechts aufwies, was daraus zu erklären ist, daß alle früheren rechtsorientierten Parteien nicht zugelassen waren.

Die Situation, in der sich die ehemaligen Rechten befanden, war allerdings für Versuche, sich um eine eigene politische Plattform zu bemühen, nicht günstig. „Die Führung der alten Agrarpartei bestand nicht mehr, die Mehrzahl ihrer führenden Persönlichkeiten saß, soweit sie den Krieg überlebt hatte, hinter Gittern, und diejenigen, die frei waren, waren von berechtigter Furcht ergriffen und wollten von Politik nichts hören, da die Atmosphäre in geradezu gefährlicher Weise mit Hass gegen die führenden Vertreter dieser Partei geladen war und ihre Teilnahme an der Sitzung als Tatbestand der sogenannten ‚antistaatlichen Tätigkeit‘ aufgefaßt werden konnte⁵⁸.“

Unter diesen Umständen kam es zu Versuchen politischer Aktivierung der Agrarier erst, nachdem die stärksten Emotionen abgeklungen waren und die sowjetischen und amerikanischen Armeen das Land verlassen hatten, wovon man sich allgemein eine Entspannung der Lage versprach, also erst Ende 1945.

Als erstes versuchten die Agrarier, die Demokratische Partei der Slowakei auf die böhmischen Länder auszudehnen. Dies wurde nicht zugelassen. Nun versuchten einige von Feierabend privat organisierte Agrarier mit den einzelnen tschechischen nicht-kommunistischen Parteien (mit Ausnahme der Sozialdemokraten) darüber zu verhandeln, unter welchen Bedingungen sie als Gruppe aufgenommen würden und welche eigenständige Tätigkeit sie entwickeln könnten⁵⁹. Zuerst wandten sie sich an die Volkspartei, da sie die einzige nicht-sozialistische Partei war. Feierabend, der die Verhandlungen führte, gewann den Eindruck, daß die Führer der Volkspartei es als selbstverständlich betrachteten, daß sich die Agrarier ihrer Partei anschließen würden und daß sie sich auf keine Verhandlungen über Bedingungen einlassen wollten. Feierabend wurde auf einen unbedeutenden Funktionär verwiesen, der, wie bekannt, persönlich in einer schlechten Beziehung zu ihm stand. Er betrachtete dies als „persönliche Erniedrigung“ und zog sich daher von weiteren Verhandlungen zurück.

Nun wandte sich Feierabend an die National-Sozialistische Partei, die er vor dem Kriege als „Partei des fröhlichen Schlendrians“ bezeichnet hatte. Jetzt aber war er überzeugt, daß sie sich in ihrer Mehrheit nicht allzusehr von seiner politischen Überzeugung unterschied, obwohl die National-Sozialisten „aus taktischen Gründen viel mit dem Schlagwort des Sozialismus um sich warfen, und ... an ein gemeinsames Vorgehen mit den übrigen sozialistischen Parteien nicht dachten“⁶⁰.

⁵⁸ Feierabend 413.

⁵⁹ Das einzig vorhandene Zeugnis ist bei Feierabend 410—414.

⁶⁰ Ebenda 411.

Feierabends Verhandlungen mit dieser Partei erweckten in ihm die Vermutung, daß sie sich von dem Einfluß der Agrarier in der Bevölkerung viel für die eigene Stärkung versprach und daher bereit war, ihnen in der Partei bestimmte Positionen zur Verfügung zu stellen und Agrarier in den Wahlen kandidieren zu lassen.

Nun fand der später mit Beneš abgestimmte Vorschlag, den Sympathisanten der früheren Agrarpartei zu empfehlen, sich der National-Sozialistischen Partei zuzuwenden, bei den ehemaligen Agrariern keine eindeutige Unterstützung — er wurde daher nicht als Richtlinie ausgegeben, sondern als bloße Empfehlung, wobei gleichzeitig eine zweite Partei empfohlen wurde, die Volkspartei.

Aus den oben erwähnten Gesprächen geht hervor, daß den Agrariern vor allem daran lag, die Interessen des bäuerlichen Mittelstandes zu vertreten, und daher bei der Mehrzahl der Wille bestand, in allen zugelassenen Parteien vertreten zu sein. Ehemalige Agrarier fanden sich auch später in allen Parteien, einschließlich der KPTsch, wie etwa der Landwirtschaftsminister der ČSSR von 1968, Borůvka. Für die Öffentlichkeit als Gruppe bemerkbar wurde schließlich nur diejenige um Feierabend, die sich den National-Sozialisten anschloß. Ihm wurde die Landwirtschafts-sektion der Partei überlassen. Feierabend wurde stellvertretender Vorsitzender der Partei. In der Partei erhob sich aber stets starker Widerstand gegen ihn.

Parteienprogramme. Aus der Darstellung des Abkommens der drei sozialistischen Parteien ergibt sich, daß die Parteienprogramme zwangsläufig auf einer schon vorgegebenen Grundlage, nämlich dem Kaschauer Regierungsprogramm und dem Block-Abkommen, entstehen mußten.

Alle drei sozialistischen Parteien hatten ein Programm für den sozialistischen Aufbau der Gesellschaft entworfen und die gegenwärtige Lage als eine schon erfüllte Vorstufe betrachtet. Die Hauptelemente der Programmatik waren Sozialismus, Nationalismus, Demokratie. Die Sozialdemokraten und die KPTsch gingen vom marxistischen Sozialismus aus, die National-Sozialisten waren Sozialisten Masarykscher Prägung. Die einzige nicht-sozialistische Partei, die Volkspartei, stützte sich auf die sozialen Forderungen der päpstlichen Enzykliken.

Die National-Sozialistische Partei. In den Eigenanalysen der Partei zur Frage, welche Ursachen zum Mißerfolg der Wahlen von 1946 geführt hätten, steht folgendes: „Gegenüber dem genau durchgearbeiteten Programm der KPTsch wagte es die National-Sozialistische Partei, ohne ein gewisses Ideenprogramm in den Wahlkampf zu ziehen. Das Aktionsprogramm war ebenfalls nicht nur in der Öffentlichkeit unbekannt, sondern auch bei zahlreichen führenden Funktionären; es wurde auch nicht genügend begründet und erweckte manchmal den Eindruck einer eiligen Zusammenstellung von propagandistischen Lösungen“⁶¹.

Diese sicherlich richtig erfaßte programmatische Schwäche der National-Sozialistischen Partei läßt sich durch mehrere Faktoren erklären.

Es herrschten starke Meinungsverschiedenheiten über das Verständnis der eigenen Rolle. Die Konzeption der aus dem Exil zurückgekehrten Parteiführung setzte sich durch. Sie forderte, das Parteiprogramm so weit wie möglich offen zu halten,

⁶¹ Cestou k Únoru 169.

um den schon angenommenen Regierungsgrundlagen gerecht zu werden und dem Trend der ganzen Gesellschaft zum Sozialismus nachzukommen. Zugleich sollte den früheren Rechtswählern, die sich jetzt eine neue Alternative suchten, eine Plattform geboten werden.

Davon hatte man sich einen maximalen Wahlerfolg versprochen. Dies rief jedoch das Mißfallen der alten Parteimitglieder hervor, die sich für Sozialisten hielten und die gegebene Situation als eine für ihre sozialistischen Ziele außerordentlich günstige beurteilten. Sie wollten die Partei nicht in einen antikommunistischen Verein umgewandelt haben. Außerdem hielten es viele für taktisch ungeschickt, sich auf die antisozialistischen Kräfte zu stützen. Als Kompromiß dieser beiden Richtungen entstand das Aktionsprogramm der National-Sozialistischen Partei für die Wahl 1946⁶².

Eingeleitet wird das Programm durch das traditionelle Bekenntnis, die „Partei des kleinen Mannes“ zu sein, d. h. derjenigen, die sich ihren Unterhalt durch eigene Arbeit verdienen. Die ideologische Verankerung der Partei wird durch das Bekenntnis zur Demokratie und zum Sozialismus vollzogen. Die Demokratie wird nicht vom Individuum abgeleitet, sondern auf Gemeinschaft hin ausgerichtet: „Demokratie bemüht sich um eine Ordnung, sie ist sich der Verantwortung bewußt und sucht täglich und immer, was die Menschen vereint, nicht was sie teilt.“ Demokratie wird nach der Masarykschen Tradition nicht als eine machtpolitische Aufgabe verstanden, sondern als eine Form der Menschlichkeit, als die einzige Möglichkeit, die „Identität der Ziele der Politik und der Ethik“ zu erreichen. Das bedeutet, daß beim Denken über Demokratie nicht die Institutionalisierung der Herrschaftsgrenzen überlegt, sondern der Gesichtspunkt der Gleichheit in den Vordergrund gerückt wird.

Dazu bietet sich der Sozialismusgedanke an, welcher nicht nur mit der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz auskommen möchte, sondern eine weitere, wirtschaftliche Gleichheit aller fordert. Im Programm der National-Sozialistischen Partei wird Sozialismus als „volle Gleichstellung innerhalb des nationalen Kollektivs“ beschrieben.

Mit dem Demokratieverständnis hängt die starke Stellung des Staates zusammen, die gefordert wird. Der Staat bzw. die Gesellschaft gibt dem einzelnen seine Rechte, den „staatsbildenden“ Parteien ihre Chancen. Bis hierhin weicht das Programm nicht von der Vorkriegsideologie ab.

Damit das Mandat des Staates auch demokratisch legitimiert wird, wird eine „konsequente Erfüllung der Teilnahme des Volkes an der Ausübung der öffentlichen Verwaltung“ für nötig gehalten. Eine Demokratisierung nicht nur der gesetzgebenden Gewalt, sondern auch der exekutiven wird gefordert: „Die direkte und unmittelbare Ausführung der öffentlichen Verwaltung soll der Selbstverwal-

⁶² Die Behandlung der Programme holt nur diejenigen Punkte aus ihnen heraus, die im Zusammenhang dieser Arbeit als relevant betrachtet wurden. Die Texte wurden der Ausgabe entnommen: *Koho volit* [Wen man wählen soll]. Prag 1946. Dieser Publikation wurden auch alle folgenden Zitate entnommen. Für die National-Sozialistische Partei vergleiche S. 87—110, die Sozialdemokratische Partei S. 5—66 und die Volkspartei S. 67—87.

tung überlassen werden. Die zentralen Organe sollen die Funktion der Leitung und der Kontrolle übernehmen.“ Die Forderung nach Nationalausschüssen wurde in London abgelehnt, später angenommen und nun ideologisch begründet.

Neu waren auch zwei weitere Teile der Programmatik — die Abgrenzung gegenüber dem marxistischen Sozialismus und die konkreten ökonomischen Überlegungen.

Der Unterschied zum Marxismus wird immer wieder betont, er bleibt aber auf die Absage an die materialistische Geschichtsauffassung und das Klassenprinzip beschränkt. Dagegen wird das Individuum nur insoweit in den Vordergrund gestellt, als es zunächst zum Sozialismus erzogen werden muß, bevor es ihn aufzubauen vermag.

Als ökonomische Grundlage der neuen Gesellschaft wird die Drei-Sektoren-Struktur der Wirtschaft betrachtet: der Staats-, der Genossenschafts- und der Privatsektor haben im Gleichgewicht zu stehen. In diesem Punkt weicht die neue Programmatik von der der Vorkriegszeit entscheidend ab. Das Privateigentum war jetzt zu verteidigen, sein Schutz wurde als Schutz der Demokratie gegen das Monopol der ökonomischen und politischen Macht verstanden.

Die Sozialdemokratische Partei. Die Sozialdemokratische Partei bekannte sich zum marxistischen Sozialismus. Dies kann allerdings nur mit Vorbehalt gesagt werden, da die Partei sehr heterogene Richtungen zusammenfaßte.

In ihrem Programm vom Oktober 1945 sprach sich die Partei eindeutig für eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft aus, wie sie durch die Errichtung der Volksdemokratie in die Wege geleitet worden ist. Weiter sollte sich die volksdemokratische Gesellschaft zu einer sozialistischen entwickeln. In der Partei herrschte die Überzeugung, daß die sozialistischen Ziele die Fortsetzung und das Ziel der nationalen revolutionären Tradition seien: „Für unseren tschechischen Marxismus war und bleibt dauernd der kritische Einfluß Masaryks bestehen; es ist daher nicht unzeitgemäß, sich wieder des Verhältnisses Masaryks zum Marxismus und zu unserer sozialistischen Bewegung bewußt zu werden und aus den sachlichen Einwänden, die Masaryk gegen einige Einseitigkeiten des Marxismus vorbrachte, zu lernen.“ Auf Masaryk berief sich in dieser Zeit auch die KPTsch. Das grundlegende Bemühen, den Sozialismus nicht nur auf der Grundlage eines politischen Systems zu errichten, sondern die Menschen zu sozialistischen Menschen zu erziehen, kommt in vielen Forderungen zum Ausdruck, die sich für die Entwicklung der ČSR als verhängnisvoll erwiesen haben, indem sie dem Stalinismus eine Grundlage boten: so etwa die Forderung des sozialdemokratischen Programms, die demokratischen Freiheiten nur den „demokratisch gesinnten Bürgern“ zu garantieren, das Rufen nach einer „ideologischen Aufklärung und Umerziehung“ des ganzen Volkes, oder die wirtschaftspolitischen Forderungen nach einer „geleiteten und geplanten Wirtschaft“ und Verstaatlichungen, die über die von 1945 hinausgingen.

Die Volkspartei. Das Programm der Volkspartei hat sich als einziges von dem anderer Parteien abgesetzt. Die christliche Weltanschauung galt hier als einzige Wertordnung, aus der alle Pflichten, Rechte und Grenzen des einzelnen und der

Gesellschaft abgeleitet wurden. Allein die Volkspartei forderte offen und ausdrücklich bedingungslose persönliche Freiheitsrechte, politische Mitwirkungsrechte der Bürger, eine vom Staat unabhängige Rechtssprechung sowie eine unpolitische Armee. Die im Jahre 1945 durchgeführten Reformen wurden als fortschrittliche Demokratisierung des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Verwaltung begrüßt. Zugleich wurde immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, die schon vorhandene demokratische Tradition nicht einzuschränken.

Die Volkspartei verstand sich als freie Bürgervereinigung zur Einflußnahme auf das staatliche Geschehen und spricht eindeutig bestimmte Gruppen an: „Die Volkspartei wird die wirtschaftliche und soziale Mitte des Volkes, Privatunternehmer, Gewerbetreibende und Händler vor der Unterdrückung durch kollektivistische Tendenzen schützen . . .“

Auch die Wirtschaftspolitik steht im Zeichen der nicht-sozialistischen Gesinnung der Volkspartei, indem sie sich für die Erhaltung des Privateigentums ausspricht: „Von der Erhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln hängt in großem Maße der geistige und materielle Fortschritt des Volkes sowie die Freiheit des einzelnen im Staate und der wirtschaftliche Wohlstand ab.“

Die Erklärung dafür, warum dieses Programm, das sich als einziges für die rechtsstaatlichen demokratischen Prinzipien einsetzte, nicht mehr Wähler angesprochen hat als es im Jahre 1946 gegen alle Voraussicht geschah, geht aus der Analyse der Wahlen hervor.

Die Machtkonstellationen im politischen System

An den politischen Entscheidungen während der drei Nachkriegsjahre waren im wesentlichen folgende politische Institutionen beteiligt: der Präsident, die Regierung, die Organe der Nationalen Front, die Nationalausschüsse und die Nationalversammlung.

Die Verfassung gab dem Präsidenten kaum reale Macht. Die große Autorität, die die Präsidenten Masaryk und Beneš in der Vorkriegszeit genossen, war persönlicher Art. Während des Krieges entschied Beneš sehr selbständig auf Grund seiner konkurrenzlosen Führungsposition. Nach dem Kriege genoß Beneš ein starkes Prestige, indem er zum Symbol der nicht-kommunistischen Politik geworden war, was ihm zu erlauben schien, sich in das politische Geschehen einzuschalten. Er nahm diese Möglichkeit nicht wahr. Gelegentlich wird zur Begründung auf seine angegriffene Gesundheit hingewiesen. Andere behaupten, daß ihm und der nicht-kommunistischen Politik kein realer Spielraum zur Verfügung stand. Beide Erklärungen erscheinen unbefriedigend.

Durch sein hohes Prestige bei der Bevölkerung wirkte Beneš in der Zeit großer Veränderungen als stabilisierende Kraft. Sein Dasein und seine Erklärungen wirkten beruhigend auf die Bevölkerung.

Daß er dem innenpolitischen Geschehen immer eher uninteressiert gegenüberstand, kann erklären, daß er auch jetzt nur sehr oberflächliche Kontakte zu den politischen Parteien besaß. Weder schaltete er sich kraftvoll in die Führung der nicht-kommunistischen Parteien ein, noch vermochte er diese Parteien aus ihrer Zersplit-

terung zu sammeln und der KPTsch als einheitliche politische Kraft gegenüberzustellen.

In der Regierung blieb die Kräfteverteilung zwischen der KPTsch und den nicht-kommunistischen Parteien bis 1948 unverändert, so wie sie in Moskau beschlossen worden war. An der Spitze der Regierung standen der Ministerpräsident und fünf Stellvertreter (für jede politische Partei einer), die zusammen als engere politische Führung das Regierungspräsidium bildeten. Seine Konstruktion sollte der Führung der Nationalen Front entsprechen, es sollte kollektiv handeln und entscheiden. Jede Partei wurde durch drei Regierungsmitglieder vertreten, die Kommunisten allerdings zweimal, als KPTsch und als Kommunistische Partei der Slowakei.

Die KPTsch übernahm drei wichtige Ressorts: das Innenministerium, das Agrarministerium und das Informationsministerium. 1946 wurde Klement Gottwald als Führer der stärksten Partei Premierminister, die zentrale Stellung im Kabinett besaß er allerdings schon vorher.

Dadurch, daß die üblichen Befugnisse des Innenministeriums stark erweitert wurden, vor allem durch die Überwachung der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung, die Überwachung der Neubesiedlung in diesen Gebieten und ferner durch die Unterstellung der ganzen kommunalen Verwaltung, erhielt dieses Ministerium eine Schlüsselstellung in der Nachkriegspolitik. Wegen der grundlegenden Veränderung der sozialen Struktur auf dem Land erkannten alle Parteien, daß die Wahlen auf dem Land entschieden würden. Durch das Landwirtschaftsministerium sicherte sich die KPTsch von vornherein einen Vorteil.

Dem Innenministerium unterstanden der staatliche Rundfunk, die staatliche Presseagentur und die Herausgabe der Lizenzen für die Presse. Des Rundfunks konnte sich die KPTsch ganz bemächtigen. Die Informationsfreiheit wurde durch die KPTsch keineswegs direkt eingeschränkt; soweit eine Beschränkung stattfand, scheint sie eher durch die Selbstzensur der einzelnen Parteien geschehen zu sein⁶³.

In den von den Kommunisten geführten Ministerien hatten Mitglieder anderer Parteien einige Funktionen von begrenzter politischer Bedeutung. Die Kommunisten waren dagegen zielbewußt bemüht, in allen anderen Ressorts ihre Stellung so stark wie möglich aufzubauen. Wie weit es ihnen gelang, hing offensichtlich von den jeweiligen Ministern ab. Als Beispiel kann die unterschiedliche Situation im Außenhandelsministerium und im Justizministerium dienen: Während im ersteren die KPTsch-Mitglieder und linke Sozialdemokraten in führende Positionen gelangen konnten und auch zahlenmäßig einen großen Teil des Beamtenapparats ausmachten, blieb das Justizministerium den Kommunisten unzugänglich.

Die Nationale Front wurde zum Symbol der von allen Beteiligten immer wieder betonten und befürworteten Einheit des Volkes. Während die KPTsch auf Regierungsebene vorsichtig taktierte, gelang es ihr, sich in den Organen der Nationalen Front durchzusetzen. Die nicht-kommunistischen Parteien versuchten einerseits, sich dieser Machtposition zu entziehen, andererseits bejahten sie die Institution der Nationalen Front nach wie vor.

⁶³ Feierabend 426.

Hierfür ein Beispiel: nachdem die Repräsentanten der drei nicht-kommunistischen Parteien im Februar 1948 aus der Regierung ausgetreten waren, dementierten sie energisch die von der KPTsch verbreitete Meldung, sie hätten sich auch aus der Nationalen Front zurückgezogen, und betonten ihre Bereitschaft, die Staatskrise innerhalb der Nationalen Front zu lösen.

Die Nationale Front war insofern als Zusammenschluß aller zugelassenen und zugleich regierenden Parteien konstituiert, als sie auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung eigene Organe hatte, in denen die einzelnen Parteien gleich stark vertreten waren. Opposition gegenüber den Entscheidungen der Nationalen Front bedeutete Opposition gegen das Volk. Daher erscheint die oben erwähnte Treue der nicht-kommunistischen Parteien gegenüber der Nationalen Front einleuchtend.

Zinner nennt unter den Gründen für die Bedeutung der Nationalen Front nicht zuletzt die Tatsache, daß es allen Beteiligten angenehm war, hier Verhandlungen geheimer führen zu können als in der Regierung⁶⁴.

Das eindeutige Übergewicht innerhalb der Nationalen Front konnte die KPTsch durch den Sozialistischen Block erreichen. Im Block hatte die KPTsch zusammen mit den linken Sozialdemokraten die Mehrheit und konnte jeden Widerspruch der National-Sozialisten überstimmen. In der Nationalen Front hatte der Sozialistische Block die Mehrheit. Wenn die Kommunisten einen Vorschlag durchsetzen wollten, schlugen sie den folgenden Weg ein: sie ließen zunächst im Sozialistischen Block abstimmen, in dem sie die Mehrheit gewinnen konnten. Erst danach wurde in der Nationalen Front abgestimmt, in der der Sozialistische Block einheitlich stimmte und die Mehrheit hatte. Durch diese legalen Umwege gelangten die Vorschläge in die Regierung und die KPTsch wurde auch in der Praxis zu der beherrschenden Macht, als die sie sich schon während des Krieges ausgegeben hatte.

Im Sommer 1946 löste sich der Sozialistische Block mit dem Austritt der National-Sozialistischen Partei auf. Die KPTsch hatte sich zu dieser Zeit jedoch schon Einfluß in den Massenorganisationen sichern können, vor allem in den Gewerkschaften⁶⁵. Als die linken Sozialdemokraten im Herbst 1947 die Führung ihrer Partei verloren — und die KPTsch somit jenen für sie so günstigen Mechanismus nun endgültig eingebüßt hatte —, setzten sich die Kommunisten stark für eine direkte Einbeziehung der Massenorganisationen in die Nationale Front ein. Die nicht-kommunistischen Parteien lehnten dies bis Februar 1948 entschieden ab.

Anstelle der früher von der Bevölkerung gewählten Organe der Gemeindeverwaltung wurden von der Exilregierung Nationalausschüsse vorgesehen, die in den letzten Kriegstagen überall spontan entstanden. Auch später wurden sie entgegen den Regierungsbestimmungen nur selten gewählt, sondern entweder durch ein feierliches Referendum bestätigt oder vor allem in den ehemals deutschen Gebieten vom Innenministerium eingesetzt. Nach den Parlamentswahlen von 1946 wurden sie entsprechend dem Wahlergebnis durch eine zwischenparteiliche Absprache erweitert. Die eigentlichen kommunalen Wahlen wurden fast ohne Ausnahme

⁶⁴ Vergleiche die ausgezeichnete Analyse in Zinner 135—156.

⁶⁵ Über die organisatorischen Mittel, die angewandt wurden, siehe Rupnik, J.: *Histoire du Mouvement Communiste Tchécoslovaque (1918—1948)*. Unveröffentlichte Dissertation an der Université Paris I, 1977, Kapitel VI.

bis zum Februar 1948 hinausgeschoben. Die Frage, wie sich die nicht-kommunistischen Parteien zu diesem Thema stellten, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Es soll nur die Vermutung geäußert werden, daß diese Parteien den Nationalausschüssen nur geringe Aufmerksamkeit schenkten. Das klare Übergewicht der KPTsch auf diesem Gebiet kann durch die Angabe verdeutlicht werden, daß 46 % aller Nationalausschuß-Vorsitzenden und 38 % aller Nationalausschußmitglieder der KPTsch angehörten⁶⁶.

Da alle grundlegenden Reformen schon vor der Konstituierung der Provisorischen Nationalversammlung durch Dekrete des Präsidenten festgelegt waren, kam der Provisorischen Nationalversammlung nur eine formale Funktion zu. Den Kommunisten zusammen mit den Sozialdemokraten und den mit ihnen sympathisierenden Vertretern von Massenorganisationen fehlte eine Stimme zur absoluten Mehrheit. Es kam aber nie zu einer Kampfabstimmung. Alle Beschlüsse erfolgten vielmehr einstimmig, allenfalls bei einigen gab es Stimmenthaltungen.

Die verfassungsgebende Nationalversammlung, die 1946 gewählt wurde, sollte ein den neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechendes Ordnungssystem schaffen.

Der KPTsch als der stärksten Partei kam das Recht zu, den Vorsitzenden der Nationalversammlung zu stellen. Sie zog es aber vor, diese Stelle, im Austausch gegen eine Stelle in der Regierung, den National-Sozialisten zu überlassen.

In der Regel konnte sich die KPTsch in der Nationalversammlung nicht so leicht durchsetzen wie in anderen Institutionen. Mehrmals kamen Vorschläge der KPTsch zu Fall. In der Nationalversammlung waren die offensten Kritiken an der KPTsch zu hören, und einige Male mußten KPTsch-Mitglieder unter dem Druck des Parlaments von ihren Posten zurücktreten. Die KPTsch pflegte die Nationalversammlung in solchen Fällen von außen unter Druck zu setzen, durch organisierte Demonstrationen und Proteste aus der Bevölkerung.

Die Wahlen 1946. Die ersten Wahlen wurden von der Regierung am 24. August 1945 ausgeschrieben. In einer Wahlvereinbarung verpflichteten sich alle Parteien, keinen Wahlkampf gegeneinander zu führen, sondern die Wahlen als Mittel zur Festigung der Einheit des Volkes zu betrachten. Als am geeignetsten hierzu erschien ein gemeinsames Wahlprogramm und gemeinsame Kandidatenlisten mit paritätischer Vertretung der einzelnen Parteien. Aus den Wahlen gingen dann die Nationalausschüsse auf der Kreis- und Landesebene und die Provisorische Nationalversammlung hervor. Die Wahlen waren weder direkt noch geheim.

Am 26. Mai 1946 fanden die Wahlen für die erste ordentliche Nationalversammlung statt. Sie können zugleich als die letzten freien Wahlen in der ČSR bezeichnet werden. Es waren die Wahlen, von denen sich Beneš und die nicht-kommunistischen Politiker die demokratische Korrektur aller schon getroffenen Entscheidungen erhofften. Sie waren überzeugt, daß die privilegierte Stellung der KPTsch, die sie während des Krieges errungen hatte, nicht bestätigt würde.

⁶⁶ Dvořáková, E. / Lejsuk, P.: Československá společnost a komunisté v letech 1945—1948 [Die tschechoslowakische Gesellschaft und die Kommunisten in den Jahren 1945—1948]. Prag 1967, S. 35.

Die Wahlergebnisse waren überraschend: 36,94 % aller Stimmen erhielten die Kommunisten, die National-Sozialisten wurden die zweitstärkste Partei mit 18,29 %, die Volkspartei bekam 15,64 % und die Sozialdemokraten 12,05 %. Die einzige positive Überraschung für das nicht-kommunistische Lager war der klare Sieg der einzigen nicht-kommunistischen Partei in der Slowakei, der Demokratischen Partei, die 62 % der slowakischen Stimmen erhielt⁶⁷. In der Nationalversammlung hatten die beiden kommunistischen Parteien mit den Sozialdemokraten, wie oben schon erwähnt, eine Stimme mehr als die übrigen Parteien zusammen.

Die KPTsch war mit Abstand die stärkste Partei im Staat. In Böhmen gewannen die Kommunisten in 89 von insgesamt 110 Kreisstädten sowie in 108 von insgesamt 110 Landkreisen die Mehrheit. Einer Regierungsverordnung entsprechend wurden auf der Grundlage der Wahlergebnisse Korrekturen in der Zusammensetzung aller Verwaltungsorgane durchgeführt.

Wer sich mit der Geschichte der kommunistischen Alleinherrschaft in der ČSR beschäftigt, bemüht sich um eine Erklärung dieses Wahlausgangs.

Der Wahlkampf wird übereinstimmend als völlig frei bezeichnet. Die Kommunisten hatten zwar von vornherein einige Vorteile: so unterstand ihnen das Innen- und das Informationsministerium, sie kontrollierten den Rundfunk und mehrere Zeitungen, während andere Parteien je nur eine Zeitung hatten. Feierabend, der sich als ehemaliger Agrarier für die National-Sozialisten am Wahlkampf beteiligt hatte, schreibt aber: „In allen meinen Wahlreden hatte ich völlige Freiheit, ich wurde nur vor dem Wahlkampf darüber belehrt, daß es ratsam sei, das einzuhalten, was Präsident Beneš gewünscht habe: unser Bündnis mit der Sowjetunion nicht anzugreifen und nicht gegen die Verstaatlichung zu sprechen“⁶⁸.

Unter psychologischen Gesichtspunkten waren die Wahlen nicht ebenso frei wie unter technischen. Dem Wahlkampf gingen die Hetzkampagnen des vergangenen Jahres gegen alle Angehörigen der nicht mehr zugelassenen Parteien voraus. Selbstbewußtes, arrogantes Auftreten der KPTsch, Truppenbewegungen der sowjetischen militärischen Einheiten aus Ungarn und Österreich in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands — durch das Gebiet der ČSR — begleiteten sie.

Bemerkenswert ist auch der Linkstrend der tschechischen Intellektuellen, die zum großen Teil schon vor dem Krieg der KPTsch nahestanden. Wenn ferner die kommunistischen Zeitungen ständig lange Listen mit den Namen bekannter Künstler und Wissenschaftler, die in die KPTsch eingetreten waren, veröffentlichten, dann spricht dies für einen geschickten Wahlkampf. Die wichtigsten Gründe für den Wahlmißerfolg sah die National-Sozialistische Partei selbst in dem Anwachsen der radikalen und sozialistischen Tendenzen der Nachkriegszeit und in den Fehlern ihrer eigenen programmatischen Erklärungen, Organisation und Taktik.

Das Programm wurde von der Partei selbst als viel zu wenig durchgearbeitet, zu wenig eindeutig und zu wenig positiv erkannt: „Die Partei konnte nicht den Eindruck wegwischen, daß sie nur destruktiv kritisierte, weil sie gleichzeitig keine

⁶⁷ Alle Zahlen sind aus Opat 178—179.

⁶⁸ Feierabend 425.

bessere Lösung bot. Sie kritisierte nur ⁶⁹.“ Den Detailvorschlägen der KPTsch wurden nur allgemeine Prinzipien wie Demokratie und Sozialismus gegenübergestellt.

Die eigenen Möglichkeiten, wie sie etwa das Justizministerium bot, wurden nicht genutzt. Die Fälle von Ungerechtigkeiten und staatlicher Unterdrückung wurden kaum an die Öffentlichkeit getragen und nicht zum Aufbau der eigenen politischen Rolle ausgewertet. Organisatorisch blieb die Partei weit hinter der KPTsch zurück. Es wurden keine Mitglieder geworben, es fehlte an Kontakten der Führung zu den Mitgliedern — auch auf lokaler Ebene — und allgemein mangelte es an Eindeutigkeit der Zielsetzung, am Informationsfluß und an Koordination.

Die Wahl wurde auf dem Land entschieden. Die Wahlergebnisse der einzelnen Wahlkreise zeigen, daß die KPTsch die besten Ergebnisse — jeweils über 50 % aller Stimmen — in den Sudetengebieten erreichte. Da der KPTsch das Innen- und Agrarministerium unterstanden, war sie für die Besiedlung der ehemaligen deutschen Gebiete zuständig. Weiterhin waren bei der Zuteilung des konfiszierten Bodens und Vermögens die politischen Kriterien die wichtigsten. KPTsch-Wähler waren also sicher der Teil der Landbevölkerung, der durch die Kommunisten Land erworben hatte und den Beteuerungen der KPTsch, daß das Land nicht kollektiviert werde, Glauben schenkte.

Auch Intrigen mußten herhalten: so der Entzug des Stimmrechts bei Tausenden von Menschen, insbesondere auf dem Lande, indem sie kurz vor den Wahlen zu Gerichtsverhandlungen vorgeladen wurden, um sich wegen Verstoßes gegen die nationale Ehre durch ihre Zugehörigkeit zur Agrarpartei zu verantworten. Später wurden die meisten Verhandlungen überhaupt nicht zu Ende geführt ⁷⁰.

Der Wahlerfolg der KPTsch ist nicht zuletzt auf die unterlassene Kontrolle der nicht-kommunistischen Parteien gegenüber dem KPTsch-Verhalten seit 1945 zurückzuführen.

Bemühungen um einen außenpolitischen Ausgleich

In vielen Vorstellungen bezüglich der Nachkriegsentwicklung der ČSR waren sich Beneš und seine Anhänger zunächst mit der KPTsch einig, wie die Gespräche in Moskau 1943 zeigten. Nach 1945 wurden viele Maßnahmen, die aus dieser Einigkeit hervorgingen, durch die KPTsch machtpolitisch ausgenutzt, wofür die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung und die Neubesiedlung der früher überwiegend deutschen Gebiete das deutlichste Beispiel liefern. Im Jahre 1945 wurden die Forderungen der KPTsch radikaler, ihr Verhalten offensiver. Die Gegner dieser Forderungen gaben in der Hoffnung auf eine Korrektur durch die Wähler nach, so etwa in der Frage der Nationalisierungsdekrete, durch die alle Banken und Versicherungsanstalten, die Rohstoff- und Schwerindustrie sowie andere Produktionsbereiche verstaatlicht wurden. 1946 wurde die Hoffnung enttäuscht, daß die KPTsch durch das Wahlergebnis ihre Führungsrolle einbüßen werde. Die Gegner der Kommunisten bemühten sich verstärkt darum, die Beziehungen zum Westen wiederherzustellen. Sie wollten sich aus der einseitigen Bindung an die UdSSR, die nur der KPTsch zugute kam, lösen.

⁶⁹ Cestou k Únoru 170.

⁷⁰ Feierabend 428.

Dazu hatten sie auch legale Voraussetzungen. Das Außenministerium unterstand dem parteilosen, jedoch mit den National-Sozialisten sympathisierenden Jan Masaryk, das Außenhandelsministerium einem Führer der National-Sozialisten, Hubert Ripka.

Der bedeutendste Versuch um eine vertragliche Regelung der Beziehungen zu einem westlichen Staat ist die Bemühung um einen Vertrag mit Frankreich ⁷¹.

Die tschechoslowakische Regierung war zusammen mit der belgischen Exilregierung die erste, die de Gaulles provisorische Regierung in Algerien offiziell anerkannte. Bei dieser Gelegenheit wurde eine gegenseitige Erklärung veröffentlicht, in der die französische Regierung die Nichtigkeit des Münchener Abkommens und aller seiner Folgen bestätigte und wonach die gegenseitigen Beziehungen zwischen Frankreich und der ČSR, wie sie vor München bestanden, wiederhergestellt werden sollten. Ein neuer Vertrag, der die beiden Länder enger aneinander binden sollte, wurde für die Nachkriegszeit angekündigt. Wenn am Anfang der Bemühungen um neue vertragliche Bindungen mit Frankreich „keine feindlichen Gefühle gegenüber der UdSSR waren in unserem Wunsch, den übermäßigen Einfluß Moskaus durch eine Allianz mit Frankreich auszugleichen“ ⁷², änderte sich die Bedeutung dieser Bemühungen im Jahre 1946.

Im Oktober 1945 führte der Außenhandelsminister Ripka Gespräche in Paris anläßlich der Unterzeichnung eines Handelsabkommens und gewann den Eindruck, daß die französische Regierung einer engen Zusammenarbeit mit der ČSR positiv gegenüberstand.

Im Frühjahr 1946 erhielt der Außenminister von der Regierung, mit Unterstützung der KPTsch, den Auftrag, offizielle Verhandlungen mit der französischen Regierung aufzunehmen. Im Juni unterbreitete er einen Vertragsentwurf nach dem Vorbild des tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrages von 1943. Gegen die allgemeinen Erwartungen in Prag wurde dieser Vorschlag von der französischen Regierung erst im Mai 1947 beantwortet. Dieses Verhalten erklärten die tschechischen Nicht-Kommunisten mit der Befürchtung Frankreichs, ein Vertrag mit der ČSR wäre wie „... ein Tor für das Eindringen Rußlands und des Kommunismus in den Westen, und nicht, wie es uns in Prag erschien, wie ein Tor, durch das im Gegenteil der westliche Einfluß nach Mitteleuropa zurückkehren könnte“ ⁷³.

Als Antwort unterbreitete die französische Regierung einen Gegenvorschlag. Er unterschied sich in einem Punkt von dem tschechoslowakischen Vertragsentwurf: beide Staaten sollten sich gegenseitige Hilfe im Falle eines deutschen Angriffs garantieren, während der Prager Vorschlag eine Hilfe im Falle des Angriffs Deutschlands oder seiner Verbündeten vorsah. Die KPTsch wandte sich gegen die französische Änderung. Eventuelle Deutschland-Alliierte waren nach Auffassung der Kommunisten Großbritannien und die USA. Die National-Sozialisten und die Volks-

⁷¹ Ripka, H.: Czechoslovakia enslaved: the Story of the Communist Coup d'Etat. London 1950, S. 66—95. — Ducháček, I.: O zahraničně politickou orientaci ČSR před únorem 1948 [Um die außenpolitische Orientierung der ČSR vor dem Februar 1948]. Svědectví (1973) Heft 45, S. 61—68.

⁷² Ripka 74.

⁷³ Ducháček 62.

partei unterstützten den Wunsch der KPTsch nach Verhandlungen zur Beseitigung dieser Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Staaten. Sie waren jedoch der Ansicht, im Falle des Beharrens von Frankreich die eigene Position aufgeben zu sollen, um die Vertragsverhandlungen nicht zu Fall zu bringen.

Die Verhandlungen wurden hart geführt, die Regierung spaltete sich in zwei Blöcke. Schließlich wurde im Kabinett beschlossen, „die Meinung der sowjetischen Regierung zu erfragen“⁷⁴. Dies geschah in einer Note von Gottwald, die dem Kabinett nicht mehr vorgelegt wurde, und in einer Weise, die der UdSSR nicht die Möglichkeit gab, sich für den Vertrag auszusprechen. Noch bevor die Antwort eintraf, wurde beschlossen, eine Delegation nach Moskau zu entsenden, um persönliche Gespräche zu führen. Diese Gespräche mit Stalin fielen dann mit denen über die Teilnahme der ČSR an der Pariser Konferenz über den Marshall-Plan zusammen. Die Frage des Vertrags geriet in den Hintergrund. Und doch sprach sich Stalin nicht grundsätzlich gegen eine vertragliche Bindung an Frankreich aus, er unterstützte nur die Einwände der KPTsch⁷⁵.

Im Sommer 1947 ergriff die Volkspartei, die immer gute Beziehungen zu französischen Regierungskreisen hatte, die Initiative. Sie entstandte eine Delegation nach Frankreich mit einem eigenen Memorandum an den Außenminister Georges Bidault. Es enthielt einen Appell an die französische Regierung, die innenpolitische Bedeutung des Vertrages für die weitere Entwicklung in der ČSR zu berücksichtigen⁷⁶.

Der französische Standpunkt veränderte sich nicht bis Februar 1948. Es fehlten alle Anzeichen für eine Einsicht, welche innenpolitische Bedeutung die vertragliche Bindung zu einer westlichen Großmacht für die ČSR hätte haben können. Im Ausland wurde dem Ausschluß der ČSR von der Teilnahme am Marshall-Plan viel Aufmerksamkeit geschenkt, der Mißerfolg der Bemühungen um einen Vertrag mit Frankreich wurde dagegen kaum beachtet. Diese gescheiterten Vertragsverhandlungen sind ein kaum analysiertes Symptom der fortschreitenden Abschließung des Ostblocks; sie schwächten das tschechoslowakische nicht-kommunistische Lager wesentlich.

Ereignisse vom Februar 1948

Im Laufe des Jahres 1947, besonders in seiner zweiten Hälfte — parallel zu der sich verändernden weltpolitischen Situation — nahm die Spannung im innenpolitischen Klima der ČSR zu⁷⁷.

In diesem Jahre änderte sich auch die sowjetische Einstellung gegenüber den einzelnen kommunistischen Parteien. Im September 1947 wurde in Warschau das Informationsbüro der kommunistischen Parteien eingerichtet. In der ersten Sitzung

⁷⁴ Ripka 89.

⁷⁵ Ducháček 68.

⁷⁶ Text des Memorandums veröffentlicht in Ducháček 65—68.

⁷⁷ Zu dieser letzten Phase des Kampfes um die Alleinherrschaft der KPTsch geben viele Bücher mehr oder weniger unabgesicherte Informationen. Dieses Kapitel soll nur eine Zusammenfassung derjenigen Informationen geben, über die weitgehende Übereinstimmung herrscht. Auf einzelne Hinweise soll deshalb verzichtet werden.

wurde eine neue grundlegende Wertung der weltpolitischen Lage vorgelegt und neue Aufgaben für die einzelnen Parteien formuliert. Einige Parteien wurden einer scharfen Kritik unterzogen.

Im Januar 1947 verkündete Gottwald das neue Ziel der KPTsch: Gewinn der absoluten Mehrheit in den nächsten Wahlen und damit uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit. In den Reden der führenden kommunistischen Funktionäre ist immer weniger über die Mitarbeit aller politischen Kräfte innerhalb der Nationalen Front zu hören, statt dessen ist aber immer öfter von der Notwendigkeit die Rede, die „reaktionären Kräfte“ aus der Nationalen Front zu entfernen. Im Jahre 1947 wird auch nicht mehr von der notwendigen Harmonie zwischen den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft gesprochen. Im Gegenteil, seit dem Plenum des ZK der KPTsch im November 1947 wird nur noch behauptet, die Existenz eines privatwirtschaftlichen Sektors sei mit der volksdemokratischen Volkswirtschaft unvereinbar.

Eine Reihe von politischen Attentaten und ein offener Kampf der KPTsch gegen die Demokratische Partei in der Slowakei hatten zur Folge, daß die Kluft zwischen den Kommunisten und ihren Gegnern unüberbrückbar wurde. In keiner wichtigen Frage konnte mehr ein gemeinsamer Standpunkt erreicht werden.

Die National-Sozialistische Partei, die Volkspartei und der mit ihnen sympathisierende Flügel der Sozialdemokraten nahmen die immer offener erfolgenden Herausforderungen der KPTsch in der Überzeugung hin, daß die im Sommer 1948 stattfindenden Wahlen desto klarer zu ihren Gunsten entschieden würden, je demokratiefeindlicher sich die KPTsch betätige.

Zu diesen Wahlen kam es aber nicht mehr. Als im Februar 1948 der kommunistische Innenminister Nosek mehrere hohe Polizeibeamte unbegründet durch Kommunisten ersetzte, entschlossen sich die Minister der National-Sozialistischen Partei, der Volkspartei und der Demokratischen Partei, durch ihren Rücktritt eine Regierungskrise herbeizuführen, in der Hoffnung, dadurch die Neuwahlen zu beschleunigen. Die Aktion war nicht vorbereitet; die Sozialdemokratische Partei, durch den Schritt überrascht, nahm keine Stellung. Dadurch blieben die Demissionierten in der Minderheit und die Regierung blieb beschlußfähig. Ministerpräsident Gottwald konnte das Recht ausüben, selber neue Minister vorzuschlagen. Um seinem Vorgehen einen harmlosen Charakter zu geben, suchte er sich aus allen politischen Parteien einzelne Persönlichkeiten aus, die bereit waren, ohne Zustimmung ihrer Parteien eine Ministerfunktion zu übernehmen und sie auch in strikter Unterordnung unter die kommunistischen Direktiven auszuüben.

Am 20. Februar wurden die Demissionsschreiben eingereicht, am 25. Februar wurde die Regierung durch neue Minister ergänzt.

In den Tagen dazwischen ergriff die KPTsch offen die Initiative: Die zentralen Organe der einheitlichen Gewerkschaften organisierten Demonstrationen und Streiks zur Unterstützung der KPTsch, verteilten Waffen an die Angehörigen der kommunistischen Milizen und verhinderten die Verteilung der nicht-kommunistischen Presse. Funktionäre der nicht-kommunistischen Parteien wurden unter Kontrolle der Geheimpolizei gestellt, einige in Haft genommen. Die KPTsch bildete aus mit ihr sympathisierenden Mitgliedern der anderen Parteien das „Zentral-

komitee der gesäuberten Nationalen Front“, das durch eine Verordnung des Innenministers zur höchsten Institution der Nationalen Front erhoben wurde. Nach und nach wurden von den Kommunisten Aktionskomitees auf allen Ebenen gebildet, die dann mit Hilfe bewaffneter Milizen und der Polizei in alle Räume der einzelnen Parteien, ihre Verlagshäuser und Redaktionen eindringen und deren Leitung übernehmen. Solche Aktionskomitees übernahmen auch die Rolle der Parteiführungen und traten im Namen der einzelnen Parteien auf. Die Sitzung der Nationalversammlung, die in diesen Tagen stattfinden sollte, wurde verschoben.

Über das Verhalten der legalen Führer der einzelnen nicht-kommunistischen Parteien zuverlässige Information zu geben, ist an dieser Stelle nicht möglich. Die später im Westen veröffentlichten Darstellungen der einzelnen Beteiligten stimmen nicht überein. Ebenfalls unklar ist die Rolle, die der in Prag angereiste frühere sowjetische Botschafter Valerian Zorin gespielt hatte. Aussagen hierüber widersprechen sich ebenfalls. Die Bevölkerung trat bis auf wenige Ausnahmen nur in den Demonstrationen auf, die die KPTsch unterstützten oder von ihr direkt organisiert waren. Darüber, wie groß der Anteil war, der die KPTsch tatsächlich unterstützte, lassen sich ebenfalls keine Aussagen machen. Am 10. März 1948 trat die Nationalversammlung zusammen, zwar unvollständig, aber beschlußfähig. Beinahe einstimmig, mit wenigen Stimmenthaltungen, sprach sie der neuen Regierung und ihrem Regierungsprogramm das Vertrauen aus. Die Alleinherrschaft der KPTsch in der Tschechoslowakei hatte endgültig begonnen.

Zusammenfassung

Die Kommunistische Partei eroberte die Macht in der Tschechoslowakei nicht erst im Februar 1948. Die Februarereignisse demonstrierten die Macht, die die KPTsch schon besessen hatte. Die Partei hat die Macht auf legalem Wege unter den besonderen Bedingungen gewonnen, wie sie sich während des Krieges für die Tschechoslowakei entwickelt hatten. Es läßt sich kein Zeitpunkt bestimmen, zu dem die KPTsch faktisch zum Alleinherrscher geworden ist. Die Kriegssituation bewirkte eine volle Abhängigkeit der tschechoslowakischen Politik von den alliierten Großmächten und deshalb ist es unmöglich, allein aus einer Analyse der innenpolitischen Entwicklung verbindliche Aussagen über die entscheidenden Faktoren dieser Entwicklung abzuleiten. Es ist aber notwendig, die innenpolitische Situation zu analysieren, um zu sehen, welchen Kräften und Tendenzen die Großmächte gegenüberstanden. Für die Tschechoslowakei geht dann aus einer solchen Analyse die Antwort auf die Frage hervor, warum es der KPTsch gelingen konnte, ohne offenen Widerstand allein die Macht zu gewinnen und das Land dem sowjetischen Einfluß unterzuordnen.

Nicht nur die Entscheidungen über die außenpolitische Orientierung der Nachkriegs-ČSR wurden bestimmt, sondern auch die Grundentscheidungen für die innenpolitische Entwicklung wurden ausschließlich im Exil getroffen.

Die Staatsführung, wie sie sich in London gebildet hatte, spiegelte eindeutig nicht die Verteilung der politischen Kräfte des Landes wider.

Es war allein die KPTsch, die planmäßig ihre Führung und den nötigen Organisationsapparat ins Exil überführt hatte. Ihr gegenüber stand eine zahlenmäßig stärkere, nicht organisierte und heterogen zusammengesetzte Gruppe der Nicht-Kommunisten. Für diese war die einzige Bindung die Gefolgschaft zum ehemaligen Präsidenten Edvard Beneš; eine politische Kraft, die sich der KPTsch als gleichwertig hätte gegenüberstellen können, war diese Gruppe nicht. Die Kreise der früheren bürgerlichen Parteien, die Beneš Führungsanspruch nicht bedingungslos bejahten, waren im Exil nur sehr schwach vertreten und konnten kaum politischen Einfluß ausüben.

Beneš selbst konzentrierte seine Politik auf das Bemühen um eine Annulierung des Münchener Abkommens und um Garantien der territorialen Sicherung des Nachkriegsstaates. Dazu war ihm der sowjetische Standpunkt eine mächtige Hilfe, deretwegen er auch bereit war, wiederholt Konzessionen zu machen. Eine solche war sein Bemühen um die Einigung mit der KPTsch. Für die Verhandlungen um die innenpolitische Gestaltung des künftigen Staates zwischen der KPTsch und den Nicht-Kommunisten im Exil lag aber auch eine breite Basis von gemeinsamen Anschauungen vor. Beide Seiten wünschten eine grundlegende Reform des politischen Systems, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Die KPTsch war ihren Partnern durch politische Erfahrung, Klarheit der Ziele und gründliche Ausarbeitung der einzelnen Vorstellungen überlegen. Dadurch, und durch die eindeutige Unterstützung einer der Großmächte gelang es ihr, eigene Vorschläge durchzusetzen. Das politische System, wie es aus dieser Auseinandersetzung hervorgegangen ist, wurde für die ČSR durch die Exilregierung verbindlich gemacht. Dieses politische System, wie es sich nach 1945 konstituierte, wich wesentlich von den Grundsätzen eines rechtsstaatlich-demokratischen Staates ab. Es beinhaltete aber eine Reihe von Elementen, die dem politischen System der Vorkriegsrepublik ähnelten, so die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen in einen Ausschuß, der sich außerhalb der verfassungsrechtlich verankerten Institutionen befand. Die machtpolitische Konstellation der regierungstragenden Parteien weist ebenfalls eine analoge Struktur mit derjenigen der Ersten Republik auf: die zwei sozialistischen Parteien sowie die Volkspartei als die politische Mitte standen einer Partei gegenüber, die annähernd gleich stark war wie sie alle drei zusammen. Damals war die konservative, aber auf der Basis des liberalen Parlamentarismus stehende Agrarpartei die stärkste Partei. Nach dem Krieg nahm diese Stellung die den Parlamentarismus bekämpfende KPTsch ein. Dafür bot ihr das System einen breiten Spielraum.

Der Mangel an ideologischer Prinzipienfestigkeit bei den nicht-kommunistischen Parteien erwies sich als folgenreich. In der außerordentlich komplexen und undurchschaubaren politischen Situation der Kriegs- und Nachkriegsjahre wäre allein ein klarer Standpunkt in bezug auf politische Grundwerte fähig gewesen, die Basis für eine konsequente Haltung abzugeben. Statt dessen wandten die nicht-kommunistischen Politiker taktische Überlegungen an, die zu einem Opportunismus führten, in dem ihre eigentliche politische Identität verloren ging. Es erforderte dann kaum besonderes politisches Geschick, den nicht-kommunistischen Kräften Stück für Stück den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Als sich der Konflikt zwischen den beiden Lagern durch immer offensivere Haltung der KPTsch zuspitzte, kam den Wahlen von 1946 eine große Bedeutung zu. Aus deren Ergebnissen konnte die KPTsch ihre dominante Stellung im politischen Entscheidungsprozeß nun auch als legitimiert bezeichnen. Mehrere Faktoren lassen sich für die Erklärung des überragenden Wahlsieges der KPTsch anführen:

- Der tschechische Nationalismus mit seiner monistischen Vorstellung von der Mehrheitsdemokratie, ließ den Sozialismus als gut vereinbar mit der tschechischen ideologischen Tradition erscheinen. Es war auch nicht schwierig, Masaryk und Beneš, als Symbole der selbständigen tschechischen Staatlichkeit, mit dem damals von der KPTsch beschworenen „demokratischen Sozialismus der eigenen Prägung“ zu identifizieren.
- Die durch das Verbot der rechten Parteien entstandene neue Struktur des politischen Kräftefelds und der daraus folgende Wandel der bestehenden Parteien erschwerten die Orientierung und die Optionssuche der Wähler.
- Die machtpolitische Ausnützung der Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur durch die KPTsch brachte ihr in den ehemaligen deutschen Gebieten besonders starke Unterstützung.
- Die emotionsgeladene Atmosphäre der Nachkriegszeit brachte verstärkt eine Sympathie gegenüber der Sowjetunion als einem verlässlichen Verbündeten zum Ausdruck, und diese Sympathie übertrug sich auf die KPTsch als Repräsentantin dieser Macht.

Nach diesen Wahlen konnte die KPTsch weitere Schritte zur Stärkung der eigenen Machtposition unternehmen.

Parallel zu dem sich vertiefenden Konflikt zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nahmen auch in der Tschechoslowakei die innenpolitischen Spannungen zu. Nun wurde es immer offensichtlicher, daß eine Entscheidung zwischen den beiden Seiten nicht herbeigeführt werden konnte, ohne daß sie ihren rein innenpolitischen Charakter verlieren mußte. Ein Engagement für die innere Problematik der ČSR war aber stets nur seitens der Sowjetunion zu erwarten. Daher wird auch die immer offensiver werdende Politik der KPTsch und die defensive Haltung ihrer Gegner verständlich.

Politisches Ungeschick der nicht-kommunistischen Parteien und die aus einer inneren Spaltung folgende Unentschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei bestimmten den Verlauf der Krise im Februar 1948. Der anschließenden Demonstration der kommunistischen Beherrschung nicht nur des Staatsapparats, sondern aller Mittel der gesellschaftlichen Artikulation wurde keinerlei Widerstand entgegengesetzt. Die KPTsch konnte unter Berufung auf formale Legalität weiterhin die Macht allein ausüben.

In dem besonderen Zusammenspiel von verschiedenen Faktoren war diese Entwicklung historisch einmalig. Die einzelnen Faktoren jedoch sind in politischen Entwicklungen vieler Länder, sogar in zunehmendem Maße, zu beobachten. Ethnischer Nationalismus, Eurokommunismus, Tendenz zur Vereinheitlichung gesellschaftlicher Organisation sind die sichtbarsten Beispiele. Die Folgen solcher Ent-

wicklungen auf die politische Praxis und das politische Bewußtsein sind an der untersuchten Entwicklung in der Tschechoslowakei klar zu studieren. Man darf jedoch nicht direkte Parallelen ziehen, z. B. „wo Sozialisierung, dort Totalitarisierung“. Bleibt man beim Beispiel der Tschechoslowakei, dann heißt es, daß man diejenigen Aspekte untersuchen sollte, die in der damaligen Politik vernachlässigt wurden (Machtkontrolle, bürgerliche Rechte, Wertorientierungen), denn gerade deren Vernachlässigung war es, die die weitere Entwicklung entscheidend determinierte.